

Telefon: 233 - 82300  
Telefax: 233 - 989 82300

**Direktorium**  
Hauptabteilung III  
IT-Strategie und  
IT-Steuerung/IT-Controlling  
(STRAC)

**E-Government, Open-Government, Open-Data;  
Sachstandsbericht 2015, Ziele Open-Data und Auswertung von Studien**

Antrag Nr. 14-20 / A 01630 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 11.12.2015  
Die fetten Jahre sind vorbei IV Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich durch  
Digitalisierung und E-Government realisieren

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05510**

Anlage 1 zu Teil A: Stellungnahmen der Referate  
Anlage 2 zu Teil C: Stadtratsantrag „Die fetten Jahre sind vorbei IV“ vom 11.12.2015  
Anlage 3 zu Teil C: Ausführliche Studiendarstellung  
Anlage 4 zu Teil B: E-Government und Open-Government - Stufe 2 –  
Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01595 – Beschluss der Vollversammlung  
des Stadtrates vom 20.11.2014

**Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 13.04.2016 (SB)**  
Öffentliche Sitzung

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Vortrag des Referenten.....</b>	<b>3</b>
Zusammenfassung.....	3
Hinweise zum Aufbau dieser Beschlussvorlage.....	4
Teil A: Jahresbericht zu den Open-Data-Aktivitäten und Zielen.....	7
1. Einleitung.....	7
2. Aktivitäten 2015.....	8
2.1. Start der Open Data Plattform.....	8
2.2. Visuelle Darstellung des „Offenen Haushaltes“.....	9
2.3. Hackathon am Open Data Day 2015.....	10
2.4. Open Government Tage 2015.....	10
2.5. Teilnahme an Tagung „Open Data Cities“ der KGSt.....	11
2.6. EU-Projekt Open Data Monitor.....	11
2.7. Twitter-Kanal @opendata_muc.....	11
3. Bereitstellung neuer Datensätze.....	11
3.1. Allgemeines.....	11
3.2. Geodaten.....	12
4. Ziele.....	13
5. Bisher veröffentlichte Datensätze.....	14
6. Beteiligungen/ Stellungnahmen der Referate.....	16
Teil B: Bericht 2015 des E- und Open-Government Projekts Stufe 2.....	20
7. Einleitung.....	20
7.1. Aktivitäten 2015.....	21
7.1.1. Handlungsfeld 1 – Neue E-Government und Open-Government-Dienste.....	21
7.1.2. Handlungsfeld 2 – Neue stadtweite eoGov-Basiskomponenten.....	25

7.1.3. Handlungsfeld 3 – Weiterentwicklung der eoGov-Basiskomponenten.....	26
7.1.4. Handlungsfeld 4 – Weitere stadtweite Verankerung von E- und Open-Government.....	28
7.1.5. Fachliche Querschnittsthemen.....	29
7.1.6. Maßnahmen gemäß Änderungsantrag zum Beschluss.....	30
7.2. Nutzungszahlen.....	31
7.3. Kostenbetrachtung.....	33
7.4. Ausblick.....	33
Teil C: Studienvorstellung „Die fetten Jahre sind vorbei – Teil IV“.....	34
8. Vorstellung der Studie „Effizientes E-Government“.....	36
8.1. Kernergebnisse aus dem Management Summary der Studie.....	36
8.2. Schlussfolgerungen und Empfehlungen (12 Thesen) der Studie.....	38
8.3. Kritikpunkte der Studie.....	40
9. Vorstellung Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat, 2015)“.....	41
9.1. Untersuchungsergebnis des Gutachtens.....	42
9.2. Handlungsempfehlungen der Studie zur Verbesserung der Situation im E-Government.....	42
10. Fazit zu den Studien.....	45
11. IT-Kommission.....	46
<b>II. Antrag des Referenten.....</b>	<b>46</b>
<b>III. Beschluss.....</b>	<b>47</b>

## I. Vortrag des Referenten

### Zusammenfassung

Die vorliegende Beschlussvorlage hat das Ziel, den Stadtrat zu informieren und für den Bereich Open-Data Zielsetzungen für die weitere Arbeit festzulegen. Es werden keine Finanzmittel beantragt oder Maßnahmen mit finanziellen Folgewirkungen beschlossen. Für Mitte 2016 wird eine weitere Beschlussvorlage vorbereitet, die sich mit den Wirkungen und Potentialen des Bayerischen E-Government-Gesetzes auseinandersetzt und das weitere Vorgehen darstellt.

Im Bereich E-Government wurden die Online-Services konsequent weiter ausgebaut und in Betrieb genommen. Hervorzuheben sind dabei:

- Haltverbot online (produktiv seit: 19.01.2016)
- Einsatz der Basiskomponente elektronisches Bezahlen im Rahmen der neuen Online-Dienste zum Bibliotheksausweis (produktiv seit: 25.01.2016)
- Ausbau der Möglichkeiten Anliegen zu melden
- Weitere Einsatzszenarien für die Veranstaltungsplattform, die Newsletterplattform

Als Voraussetzungen für weitere Anwendungsbereiche wurden die bestehenden eo-Gov-Plattformen um folgende neue Basiskomponenten ergänzt:

- Basiskomponenten elektronisches Bezahlen (BeB)
- Kooperationsplattform

Die wesentlichsten Aktivitäten im Jahr 2015 im Bereich Open-Data waren der erfolgreiche Start des Open Data Portals inklusive der Veröffentlichung von bisher 70 Datensätzen sowie die visuelle Darstellung des Ergebnishaushaltes. Darüber hinaus wurden zwei Veranstaltungen zum Thema Open-Government mit positiver Resonanz durchgeführt.

Wesentliche Ziele, die zum Beschluss vorgelegt werden, sind:

- Ausbau des Angebots an Open Data,
- Optimieren der Open Data Plattform,
- Förderung der Open Data Community und die
- Nutzung von Synergien mit Smart City.

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government Stufe 2 bewegt sich in dem vorgegebenen Budgetrahmen. Das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen auf Grundlage der in Stufe 1 bereitgestellten Basiskomponente erwiesen.

Die beiden, gemäß dem Stadtratsantrag der Fraktion „Die Grünen – rosa liste „Die fetten Jahre sind vorbei: Teil IV“, ausgewerteten Studien enthalten wertvolle Hinweise für das Vorgehen der LHM bei der Realisierung ihres E-Government-Angebotes. In der Studie von KGSt und b.i.t. Consult „Effizientes E-Government“ ist der Hinweis, „sich auf große Prozesse“ zu konzentrieren, wesentlich.

Zum Erscheinungsdatum der Studie (2011) war diese Handlungsempfehlung jedoch nur mit Einschränkungen umsetzbar. Gesetzliche Barrieren, wie Schriftformerfordernis, fehlende elektronische Authentifizierungsverfahren etc. machten eine durchgehende Umsetzung der „großen“ Prozesse mit hohen Fallzahlen ins E-Government bisher nicht möglich.

Mit Inkraftsetzung des Bay. E-Government-Gesetzes und der begleitenden Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zum 30.12.2015 kann nun erstmals ab 2016 die Konzentration im E-Government auf die großen Prozesse (Verwaltungsverfahren) begonnen werden.

Dabei muss dringend auf die Empfehlungen des Gutachtens „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat, 2015)“ geachtet werden. Die maßgebliche Handlungsempfehlung aus Sicht der LHM ist es, für die „Kunden“ der Stadt attraktive Angebote im E-Government bereit zu stellen. E-Government-Angebote müssen aus Nutzersicht, also für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, aufgebaut werden.

Nur durch ein E-Government-Angebot, das auch angenommen wird, lassen sich in den Prozessen hohe Fallzahlen erzeugen, die dann wiederum Einsparpotentiale durch E-Government in der Kommune realisieren können. Begleitet werden müssen die E-Government-Angebote durch Werbung und unterstützende Maßnahmen. Dazu müssen bereits vorhandene sowie neue E-Government-Angebote den Nutzerinnen und Nutzern bekannt gemacht und zur Anwendung gebracht werden.

### **Hinweise zum Aufbau dieser Beschlussvorlage**

Zur Optimierung der Berichtserstattung zu E-/Open-Government an den Stadtrat wurden in dem vorliegenden Beschluss folgende Themen zusammengefasst und hier einfürend kurz erläutert:

- **Teil A:**  
Jahresbericht zu den Open-Data-Aktivitäten und Zielen
- **Teil B:**  
Bericht 2015 des E- und Open-Government Projekts Stufe 2
- **Teil C:**  
Bericht über die Studie „Effizientes E-Government“ und das Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat 2015)“ und deren Anwendbarkeit auf die LHM.

Wie im Ergänzungsantrag zum Beschluss „E-Government und Open-Government Stufe 2“ vom 12.11.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01595) beauftragt, werden im

**Teil A** der vorliegenden Beschlussvorlage die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse der Landeshauptstadt München im Bereich Open Data 2015 dargestellt und die Ziele dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt:

*„Die Verwaltung berichtet innerhalb eines Jahres, welche und wie viele Datensätze bisher in das Open-Data-Portal eingestellt wurden, und legt die Ziele dem Stadtrat zum Beschluss vor“<sup>1</sup>.*

Diese Beschlussvorlage wurde den Referaten/Eigenbetrieben zur Stellungnahme vorgelegt.

In **Teil B** wird gemäß des Beschlusses „E-Government und Open-Government Stufe 2“ vom 12.11.2014 (Beschlussziffer 17) über die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse des „E- und Open-Government“ Projekts in der Landeshauptstadt München berichtet: *„17. Das Projekt wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich zu berichten. Dieser Beschluss unterliegt auf Grund der eigenständigen Berichtspflicht nicht der Beschlussvollzugskontrolle.“*

**Teil C** behandelt den Stadtratsantrag der Fraktion Die Grünen – rosa liste vom 11.12.2015 (Antrag Nr. 14-20 / A01630) „Die fetten Jahre sind vorbei IV. Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich durch Digitalisierung und E-Government realisieren“. In diesem Antrag werden die folgenden Themenbereiche adressiert:

- (1) Die Vorstellung einer Studie und eines Gutachten zum Thema „E-Government“ sowie die Darstellung der Anwendbarkeit für die Landeshauptstadt München.
- (2) Vorlage von Vorschlägen zur Einsparung durch Digitalisierung städtischer Prozesse.

Um dieser komplexen Themenstellung gerecht zu werden, wird der Antrag in zwei Stufen behandelt.

In dem vorliegenden Beschluss werden zum Themenbereich (1) die wesentlichen Aussagen der Studie und des Gutachtens bzgl. ihrer kommunalen Inhalte zusammengefasst und hinsichtlich ihrer Relevanz und Wirkungen auf die Landeshauptstadt München beschrieben.

Der Themenbereich (2) ist komplex und erfordert die Durchführung umfangreicher Abstimmungen und Analysen und damit verbundene vorbereitende Maßnahmen mit den Fachbereichen. Die Behandlung dieses Themenbereichs und die darzustellenden Inhalte entsprechen im Wesentlichen dem bereits bestehenden Auftrag des Stadtrats gemäß Ergänzungsantrag zum Beschluss „E-Government und Open-Government Stufe 2“ vom 12.11.2014:

*„Neue E-/Open-Government-Dienste: Die Verwaltung wird aufgefordert, sechs Monate nach Erlass des bayerischen E-Government-Gesetzes zu berichten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, welche zusätzlichen (über die in der Vorlage benannten*

---

<sup>1</sup> <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/TOP/3504069.pdf>

*hinausgehenden) Behördengänge online erledigt werden können. Grundlage für die zusätzlichen Maßnahmen in diesem Beschluss soll das kommende bayerische E-Government-Gesetz sowie eine (Online)-Befragung von Münchner BürgerInnen, welche Anliegen sie gerne zukünftig online erledigen möchten, sein.“*

Das Bayerische E-Government Gesetz ist zum 30.12.2015 in Kraft getreten. Daher soll Teil (2) des Antrags gemeinsam mit der entsprechenden Beschlussvorlage zu neuen E-/Open-Government-Diensten im Sommer 2016 vorgelegt werden, um die mehrfache Befassung des Stadtrats mit diesem Thema zu vermeiden und die Planungen in einem Gesamtkonzept darzustellen.

Da es sich bei **Teil A** um einen Beschluss handelt, wurden für diesen Teil Stellungnahmen von den Referaten eingeholt<sup>2</sup>; die **Teile B** und **C** sind Bekanntgaben.

---

<sup>2</sup> Es waren ursprünglich einzelne Beschlussvorlagen für die Teile A, B und C vorgesehen. Die stadtinterne Abstimmung erfolgte auf der Basis eines Entwurf, der sich nur mit dem Thema Open-Government (Teil A) befasste.

## Teil A: Jahresbericht zu den Open-Data-Aktivitäten und Zielen

Die wesentlichsten Aktivitäten im Jahr 2015 im Bereich Open-Data-Portal waren der erfolgreiche Start des Open Data Portals inklusive der Veröffentlichung von bisher 70 Datensätzen sowie die visuelle Darstellung des Ergebnishaushaltes. Darüber hinaus wurden zwei Veranstaltungen zum Thema Open-Government mit positiver Resonanz durchgeführt.

Wesentliche Ziele, die dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden, sind:

- Ausbau des Angebots an Open Data,
- Optimieren der Open Data Plattform,
- Förderung der Open Data Community und die
- Nutzung von Synergien mit Smart City.

### 1. Einleitung

Offene (Verwaltungs)Daten (Open-Government Data) sind jene Datenbestände des öffentlichen Bereichs, die von Staat und Verwaltung im Interesse der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden. Mit diesen Datensätzen können innovative Ideen und mobile Anwendungen entwickelt werden, wovon Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaftsstandort München aber auch die Stadtverwaltung selbst profitieren können. Offene Daten sind dabei ein wichtiger Teil von Open-Government und schaffen die gewünschte Transparenz. Datensätze mit personenbezogenen Daten oder Daten unter Schutzrechten werden nicht als Open Data veröffentlicht.

Die Vorteile von Open Data<sup>3</sup> liegen (mindestens) in vier Bereichen:

- Stärkung des Vertrauens und Ermöglichung von Zusammenarbeit (z. B. Einblick in die Arbeit und Aufgabengebiete der Verwaltung wird möglich)
- Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Verwaltung (z. B. Entlastung von Einzelauskünften)
- Förderung der regionalen Wirtschaft (z. B. Grundlage für neue Geschäftsmodelle)
- Nutzung des kreativen Potentials (z. B. Erstellung von innovativen Anwendungen)

Die Bedeutung von Open Data wird von immer mehr Institutionen anerkannt. So hat auch die Europäische Union ein Daten Portal. In Deutschland gibt es Portale des Bundes (govdata.de), einiger Bundesländer und einer Reihe von Kommunen (z. B. Berlin, Bonn, Köln, Bremen, Moers).

Das Thema „Open Data“ wurde in mehreren Stadtratsdokumenten behandelt. Hier einige Beispiele<sup>4</sup>:

- Stadtratsantrag „München digital (II): Die Stadt bietet offene Daten“ (Antrag-Nr. 08-14 / A02510)

---

<sup>3</sup> Siehe z. B. [http://www.vitako.de/Publikationen/Documents/Positionspapier%20Open%20Data%20Vitako\\_KGSt\\_DStGB.pdf](http://www.vitako.de/Publikationen/Documents/Positionspapier%20Open%20Data%20Vitako_KGSt_DStGB.pdf)

<sup>4</sup> Eine umfangreiche Liste zu Open Data-Stadtratsdokumenten siehe [https://www.muenchen-transparent.de/themen/schlagwort/93\\_Open+Data](https://www.muenchen-transparent.de/themen/schlagwort/93_Open+Data)

- Stadtratsantrag „Open Government 3: Offener Datenkatalog für München“ (Antrag-Nr. 08-14 / A02539)
- „E-Government-Strategie und -Roadmap der Landeshauptstadt München - Stufe 1 (SV-Nr. 08-14 / V11297)
- „E-Government und Open-Government - Stufe 2 (SV-Nr. 14-20 / V01595)
- „Stadtratsantrag „Offener Haushalt der Landeshauptstadt München“ (Antrag-Nr. 14-20 / A00662)
- Stadtratsantrag „OpenData-Hackday München: Offene Daten in nützliche Apps verwandeln“ (Antrag-Nr. 14-20 / A01386)
- IT-Strategie der Landeshauptstadt München - Umsetzungszeitraum 2016 / 2017 (SV-Nr. 14-20 / V04131)

In Stufe 1 des eoGov-Projekts wurde 2014 die Infrastruktur zur Veröffentlichung von strukturierten Daten bereitgestellt und die Veröffentlichung pilotiert (Open Data Portal). Dieses Portal ging im Februar 2015 offiziell online. Der eoGovernment-Beschluss griff dabei Stadtratsanträge auf, die die Bereitstellung offener Daten gefordert hatten.

Im Folgenden werden die wesentlichen Aktivitäten im Jahr 2015 zum Bereich „Open Data“ beschrieben.

Das Themenfeld „Open-Government“ umfasst neben Open Data verschiedene Komplexe, wie z. B. Zusammenarbeit, Beteiligung, Transparenz. Im Jahr 2015 lag der Schwerpunkt der Open-Government-Aktivitäten im Aufbau einer Kooperationsplattform zur Verbesserung der Projekt- und Gremienarbeit zwischen Abteilungen der Landeshauptstadt München und Externen. Insgesamt stehen für den gesamten Bereich Open-Government nur geringe Kapazitäten zur Verfügung, so dass im Teilbereich Open-Data naturgemäß nur eine eingeschränkte Menge an Aktivitäten möglich war.

## **2. Aktivitäten 2015**

### **2.1. Start der Open Data Plattform**

Die Münchner Open Data Plattform auf Basis der Open Source Software CKAN (Comprehensive Knowledge Archive Network) wurde am Open Data Day am 21.02.2015 offiziell gestartet. Sie umfasst derzeit 70 Datensätze (siehe Kapitel A4). Für jeden Datensatz auf der Plattform gilt – soweit nicht anders gekennzeichnet – die Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Namensnennung – Version 2.0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>). Die „Datenlizenz Deutschland“ ist speziell für die Datenbereitstellung entwickelt worden und auf die Bedürfnisse öffentlicher Datenbereitsteller in Deutschland zugeschnitten. Sie erlaubt die freie Nutzung und Weiterverwendung unter der Bedingung, dass der Name der bereitstellenden Behörde genannt wird.

Eine Umstellung auf die Lizenz CC-BY 4.0 wird geprüft und ggf. umgesetzt, sobald die deutsche Übersetzung vorliegt. Ein abgestimmtes Vorgehen mit dem Freistaat Bayern wird angestrebt und ist bei den betreffenden Stellen adressiert.

Erreichbar ist die Open Data Plattform unter der Adresse [www.opengov-muenchen.de](http://www.opengov-muenchen.de).



Die Plattform wurde zum Ende des Jahres auf eine neue Version aktualisiert (CKAN-Version 2.3.2) und bietet jetzt Responsive Design für eine angepasste Anzeige in unterschiedlichen Anzeigegeräten und eine Erweiterung der Visualisierungsmöglichkeiten (dieselben Daten können in unterschiedlicher Darstellung angezeigt werden, z. B. Grid und Graph).

Der größte Block (59 Datensätze) der 70 Datensätze entstammt dem **Indikatorenatlas**. Indikatoren sind standardisierte (Vergleichs-)Kennziffern, die aus einer oder mehreren Kennzahlen verschiedener Themenbereiche berechnet wurden. Sie geben einen hochaggregierten Überblick über spezielle Strukturen und Entwicklungen. Durch ihre Standardisierung können Indikatoren für nationale oder internationale Städtevergleiche herangezogen werden.

Das Statistische Amt der Landeshauptstadt München veröffentlicht jährlich einen Indikatorenatlas mit ca. 60 Indikatoren aus sieben Haupt-Themenbereichen. Für die Veröffentlichung im Datenkatalog wurde der Indikatorenatlas (eine Datei mit über 30.000 Zeilen und 18 Spalten) in 59 Einzeldatensätze aufgeteilt.

Derzeit sind vier Datensätze im Portal enthalten, die Geokoordinaten enthalten (**Behindertenparkplätze, Märkte, Wertstoffhöfe und WLAN-Standorte**). So können sie auf einer Karte visuell dargestellt werden.

- Mit dem Datensatz der **Vornamen** kann leicht gesehen werden, welche Vornamen Eltern ihren Neugeborenen geben.
- Speziell münchenerisch ist der Datensatz zum **Oktoberfest** mit Zahlen zur Bierpreisentwicklung und zu den Besucherzahlen.
- Der Datensatz zum **Ergebnishaushalt** der Landeshauptstadt München war Grundlage zur Erstellung einer visuellen Darstellung des Haushaltes (siehe nächster Abschnitt).
- Einige Datensätze zur **Bevölkerung** und zu den **Bundestagswahlen 2013** komplettieren das bisherige Angebot.

Die Datensätze der Plattform können heruntergeladen werden, um sie z. B. für eigene Anwendungen zu nutzen, aber auch direkt auf der Plattform angezeigt und analysiert werden. Dazu kann man – je nach Struktur des Datensatzes – die Einzelwerte filtern, Diagramme erstellen oder die Datensätze auf Stadtplänen anzeigen.

## 2.2. Visuelle Darstellung des „Offenen Haushaltes“

In Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei wurde der Datensatz zum Ergebnishaushalt 2015 auf der Plattform [www.offenerhaushalt.de](http://www.offenerhaushalt.de) veröffentlicht und ermöglicht eine visuelle Darstellung des Haushaltes der Landeshauptstadt München.

Dies war nicht ohne Probleme möglich, da es Schwierigkeiten mit der Plattform [www.openpending.org](http://www.openpending.org) gab. Dort wurden bisher die Datensätze für offenerhaushalt.de ge-

speichert. Erst nachdem der Betreiber von offenerhaushalt.de ein eigenes Backend für [www.offenerhaushalt.de](http://www.offenerhaushalt.de) programmiert hatte, konnte der Datensatz veröffentlicht werden.

Weitere Informationen dazu sind in dem Stadtratsbeschluss „Offener Haushalt der Landeshauptstadt München“ zu finden:

[http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris\\_antrag\\_ergebnisse.jsp?risid=3585056](http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_antrag_ergebnisse.jsp?risid=3585056)

### 2.3. Hackathon am Open Data Day 2015

Die Landeshauptstadt hat im Februar 2015 in Zusammenarbeit mit der OKF – Open Knowledge Foundation – bzw. dem OK Lab München, der Regionalgruppe München der GI – Gesellschaft für Informatik – und dem GChACM e.V. (German Chapter of the ACM, der deutschen Gruppe des ACM, Association for Computing Machinery) einen OpenData-Hackathon ausgerichtet. Dabei arbeiten Programmiererinnen und Programmierer, Designerinnen und Designer, Journalistinnen und Journalisten und andere Interessierte für einen bestimmten Zeitraum (hier einen Tag) zusammen, um gemeinsam nützliche, kreative oder unterhaltsame Softwareprodukte herzustellen.

Bei dieser Veranstaltung wurden unter anderem die Projekte „Finder-App“ (Wo finde ich einen Spielplatz, Bankautomat etc. ?), „München Transparent“ (Wie funktioniert Stadtpolitik ?) und „Meta-Suchmaschine für Wohnungen in München“ bearbeitet.<sup>5</sup>

Es ist geplant, diese Veranstaltung auch 2016 durchzuführen (am 5. März, den diesjährigen Open Data Day).

### 2.4. Open Government Tage 2015

Im Rahmen der „Open Government Tage 2015“ fanden – wie auch 2014 – Vorträge im Themenfeld „Open Data“ statt<sup>6</sup>.

- „Open Data in Europa zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, Sirko Hunnius, Potsdam eGovernment Competence Center (IfG.CC)
- „Die gesamte Verwaltung wird transparent: Erfahrungen mit Open Data und dem Transparenzportal der Stadt Hamburg“, Renate Mitterhuber, Stadt Hamburg
- „Open Data aus Managementsicht“, Phillip S. Müller, Mitglied im Hauptvorstand der Initiative D-21, CSC

Daneben spielte das Thema auch in den Keynotes von Franz-Reinhard Habbel und Claus Arndt eine wichtige Rolle. Oberbürgermeister Dieter Reiter wies in seinem Grußwort auf die Bedeutung von Open Data hin.

---

<sup>5</sup> Eine Dokumentation über diesen ersten OpenData-Hackday ist hier zu finden:

<https://storify.com/berndoswald/der-open-data-day-2015-in-munchen>.

<sup>6</sup> Die Präsentationen sind unter <http://www.muenchen.de/opengovernmenttage> abrufbar.

## 2.5. Teilnahme an Tagung „Open Data Cities“ der KGSt

Der überregionale Informationsaustausch konnte auch durch den Besuch der Tagung „Open Data Cities“ der Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) verbessert werden.

## 2.6. EU-Projekt Open Data Monitor

Begleitend zu dem bestehenden E-/Open-Government Projekt und dem Ausbau des entsprechenden Angebots auch an offenen Daten, beteiligte sich die Landeshauptstadt München seit Ende 2013 an dem von der EU finanzierten Projekt „OpenDataMonitor“ (ODM). Dieses hat zum Ziel, die Internet-Portale für offene Daten in Europa vergleichbar zu machen und generell die Qualität der bereitgestellten Daten zu verbessern. Dazu wurde der europaweite Umgang anhand von knapp 200 OpenData-Portalen analysiert und die dazu notwendige technische Plattform entwickelt. Auf Basis der zum Projektende 2015 vorliegenden Erkenntnisse wurden Verbesserungsvorschläge und Empfehlungen für eine nutzergruppengerechte, bessere Veröffentlichung als Erfahrungsbericht bereitgestellt.

München profitierte beim Aufbau des eigenen OpenData-Portals auch von dem Expertenwissen und dem guten Erfahrungsaustausch mit den anderen Projektpartnern. Dieses erfolgreiche Projekt wird die Plattform auch zukünftig weiterbetreiben und frei zur Verfügung stellen.

Informationen zum EU-Projekt und das entwickelte Vergleichsportal selbst finden sich unter [www.opendatamonitor.eu](http://www.opendatamonitor.eu). Neben dem Münchner Direktorium war auch das Referat für Arbeit und Wirtschaft Projektpartner.

## 2.7. Twitter-Kanal @opendata\_muc

Über den Twitter-Kanal [https://twitter.com/opendata\\_muc](https://twitter.com/opendata_muc) werden Informationen zu neuen Datensätzen und Hinweise auf interessante Links gepostet. Bisher wurden 70 Tweets veröffentlicht, über 200 User folgen dem Kanal.<sup>7</sup>

## 3. Bereitstellung neuer Datensätze

### 3.1. Allgemeines

Bis ein Datensatz auf dem Open Data Portal veröffentlicht werden kann, ist ein mehrstufiger Prozess zu durchlaufen:

- Identifikation eines geeigneten Datensatzes
- Anforderung an die Fachabteilung mit der Bitte um Freigabe
- Klärung rechtlicher Voraussetzungen
- Regelung der Weiterverwendung von Datensätzen
- Erfassung der Meta-Daten

---

<sup>7</sup> Auch der Kanal [https://twitter.com/eogov\\_muc](https://twitter.com/eogov_muc) veröffentlicht zu Open-Data-Themen.

- Bearbeitung des Datensatzes, damit er auf die Plattform hochgeladen werden kann
- regelmäßige Aktualisierung

Dieser Prozess hat sich als aufwändiger erwiesen, als in der Konzeption und Planung vorausgesehen. Die Erschließung neuer Datensätze bedarf einer kontinuierlichen Arbeit und erzeugt damit hohen Aufwand.

Zudem ist die Freigabe von Datensätzen mit einer offenen Lizenz für Verwaltungsabteilungen noch ungewohnt. Entsprechenden Vorbehalten und Ängsten gilt es zu begegnen.

### 3.2. Geodaten

Geodaten (digitale Informationen mit Raumbezug) sind ein häufig nachgefragter Datentyp bei Open Data Portalen. Dies gilt für Open Data Portale, die sich bereits seit Längerem in Einsatz befinden, ebenso hat sich das auch beim Open Data Portal der Landeshauptstadt München gezeigt. Dabei ist zu beachten, dass Geodaten in beinahe allen Fachreferaten der Landeshauptstadt München erfasst werden. Grundsätzlich muss hierbei zwischen Geobasis- und Geofachdaten unterschieden werden.

Grundlage für die Erfassung von Geodaten sind die sog. **Geobasisdaten**<sup>8</sup>. Die Geobasisdaten der Landeshauptstadt München werden durch den GeodatenService im Kommunalreferat (ehemals Städtisches Vermessungsamt) bereitgestellt. Hierbei handelt es sich z. B. (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) um den Amtlichen Stadtplan oder Luftbildaufnahmen.

Bezüglich der Freigabe von Geobasisdaten als Open Data gibt es mehrere Aspekte, die es zu beachten gilt:

- Die Geobasisdaten des GeodatenService München unterliegen der „*Satzung über die Gebühren für die Benutzung des GeodatenService der Landeshauptstadt München (GeodatenService-Gebührensatzung)*“<sup>9</sup>. Die Gebührensatzung wird durch die Vollversammlung des Münchner Stadtrats beschlossen – zuletzt in der Vollversammlung vom 09.04.2014 (SV-Nr. 08-14/V 14301) und ist dabei auch beeinflusst durch finanzielle Regelungen mit dem Freistaat Bayern. Das heißt konkret: Geobasisdaten, die in dieser Gebührensatzung aufgelistet sind, können mit heutigem Stand nicht geldleistungsfrei in das Open Data Portal der Landeshauptstadt München eingestellt werden.
- Die im vorherigen Punkt angesprochenen finanziellen Regelungen mit dem Freistaat Bayern resultieren daraus, dass eine Teilmenge der städtischen Geobasisdaten auf amtlichen Geodaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung basieren (betrifft z. B. die Digitale Stadtgrundkarte). Die Freigabe dieser Geodaten als Open Data kann demzufolge nur im Einvernehmen mit dem Freistaat Bayern erfolgen.
- Die Freigabe städtischer Geobasisdaten ist hinsichtlich datenschutzrechtlicher Belange zu prüfen.

<sup>8</sup> Begriffsdefinition siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Geobasisdaten>

<sup>9</sup> [http://www.muenchen.info/dir/recht/831/831\\_20140424.pdf](http://www.muenchen.info/dir/recht/831/831_20140424.pdf)

Basierend auf den Geobasisdaten des GeodatenService München werden in beinahe allen Fachreferaten der Landeshauptstadt München umfangreiche Geodaten erfasst. Dabei handelt es sich um sogenannte **Geofachdaten** (raumbezogene Daten aus einem bestimmten Fachgebiet)<sup>10</sup>. Deren Freigabe als offene Verwaltungsdaten (Open Data) muss gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachreferat geklärt werden. Wichtige Aktivitäten dazu finden sich im Kommunalreferat (Märkte, Wertstoffhöfe), dem Kreisverwaltungsreferat (Behindertenparkplätze) sowie dem Direktorium (M-WLAN- Hotspots).

#### 4. Ziele

Open Data verfolgt allgemein folgende grundlegende Ideen:

- **Wissensgesellschaft weiterentwickeln** (z. B. lassen sich durch die Verknüpfung verschiedener Daten oder die Bereitstellung von Anwendungen Mehrwerte erzeugen)
- **Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit von kommunalem Handeln steigern** (z. B. kann durch das Bereitstellen von offenen Datensätzen das Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gestärkt werden. Durch Visualisierung von Datensätzen können Sachverhalte leichter erfasst werden und werden damit eher nachvollziehbar.)
- **Förderung von Dialog und Zusammenarbeit** mit der Stadtgesellschaft (z. B. durch gemeinsame Projekte mit Verwendung offener Daten)
- **Qualität von Verwaltungsdaten verbessern** (z. B. können Bürgerinnen und Bürger auf Fehler und Lücken hinweisen)

Im eoGovernment-Beschluss steht das Ziel, Daten für die Öffentlichkeit frei verfügbar zu machen, um damit innovative, datenbasierte IT-Lösungen und Mehrwerte für die Öffentlichkeit zu schaffen (eoGovernment-Beschluss Stufe 1, Seite 29 - SV-Nr. 14-20/V01595).

Folgende konkrete Handlungsziele werden im Projekt verfolgt:

- **Angebot an Open Data ausbauen:**  
Ziel ist es, dass das Angebot an Verwaltungsdaten, die keiner berechtigten Datenschutz- oder Sicherheitsbeschränkung unterliegen, weiter auszubauen. Angestrebt wird ein Zuwachs der veröffentlichten Datensätze von mindestens 20% jährlich. Dazu werden in Zusammenarbeit mit den Referaten und Eigenbetrieben die notwendigen Regelungen und Prozesse eingeführt. Die Referate und Eigenbetriebe benennen jeweils eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner, die bzw. der für die Freigabe offener Daten zuständig ist bzw. die Freigabe koordiniert.
- **Open Data Plattform optimieren:**  
Die bereits vorhandene Open Data Plattform wird weiter ausgebaut (Updates, Integration der Stadtplanauskunft des München Portals, Anzeigemöglichkeit von Geo-Daten). Die Zusatzinformationen zu den einzelnen Datensätzen ( Metadaten,

---

<sup>10</sup> Begriffsdefinition siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Geofachdaten>

weiterführende Informationen) werden weiter optimiert. Angestrebt wird eine Verknüpfung mit dem Open Data Portal Bayern.

- **Open-Data-Community fördern:**

Der Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern der offenen Datensätze wird fortgesetzt und ausgebaut. Deren Rückmeldungen sind wichtige Informationen zur Verbesserung des Open Data Angebots. Auf die von den Nutzerinnen und Nutzern erstellten Anwendungen wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit besonders hingewiesen.

- **Synergien mit Smart City nutzen:**

Im Rahmen des Smart City-Programms „Horizon 2020“ spielt die Nutzung unterschiedlicher Daten-Quellen in Bezug auf relevante Informationen für Stadtplanung, sowie die Entwicklung von darauf basierenden innovativen Lösungen eine wichtige Rolle (Smart Data Plattform). Dabei gilt es, Gemeinsamkeiten zwischen Smart Data und Open Data zu identifizieren und Synergien zu nutzen.

## 5. Bisher veröffentlichte Datensätze

Nachfolgende Liste zeigt die bis zum 31.12.2015 im Open Data Portal [www.open-gov-muenchen.de](http://www.open-gov-muenchen.de) veröffentlichten 70 Datensätze:

	Titel des Datensatzes
1.	Behindertenparkplätze
2.	Bevölkerung in den Stadtbezirken
3.	Bundestagswahlen 2013
4.	Die Bevölkerung seit 1900
5.	Ergebnishaushalt der Landeshauptstadt München
6.	M WLAN Hotspots
7.	Märkte in München
8.	Oktoberfest
9.	Privathaushalte in den Stadtbezirken
10.	Vornamen von Neugeborenen
11.	Wertstoffhöfe
12.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt ALG II Empfänger
13.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt ALG II Empfängerdichte
14.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Arbeitslose
15.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Arbeitslosendichte
16.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Erwerbsfähigenquote
17.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Leistungsempfänger nach SGB II
18.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Sozialgeld Empfängerdichte
19.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
20.	Indikatorenatlas 2014 Arbeitsmarkt Sozialversicherungspflichtig Beschäftigtendichte
21.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Allgemeine Geburtenrate

	Titel des Datensatzes
22.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Altenquotient
23.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Altersdurchschnitt
24.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Altersgruppen
25.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsvolumen
26.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsziffer 65 Jahre und älter
27.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsziffer Ausländerinnen
28.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsziffer Deutsche
29.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsziffer Gesamt
30.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Außenwanderungsziffer Kinder unter 14 Jahre
31.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Ausländerinnenanteil
32.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Überalterungsquotient
33.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Binnenwanderungsziffer
34.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Durchschnittliche Wohndauer aktuelle Adresse
35.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Durchschnittliche Wohndauer München
36.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Durchschnittliches Sterbealter
37.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Durchschnittsalter der Mütter
38.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Eingebürgertenquote
39.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Einpersonenhaushalte
40.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Einwohnerdichte
41.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Frauenanteil
42.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Frauenanteil Hochbetagte
43.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Gesamtwanderungssaldo Kinder
44.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Gesamtwanderungsziffer
45.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Haushalte mit Kindern
46.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Haushalte nach Nationengruppe
47.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Hochbetagte
48.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Innerräumliche Umzugsziffer
49.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Jugendquotient
50.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Migrationshintergrundquote
51.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Migrationshintergrundquote Kinder
52.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Mittlere Lebenserwartung
53.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Mobilitätsziffer
54.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Mütter über 35 Jahre
55.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Natürlicher Saldo auf 1000 Einwohnerinnen
56.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Optionskinderquote
57.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Rohe Geburtenrate
58.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Rohe Sterberate
59.	Indikatorenatlas 2014 Bevölkerung Zusammengefasste Geburtenrate
60.	Indikatorenatlas 2014 Grundschülerinnen Familiensprache nicht deutsch

	Titel des Datensatzes
61.	Indikatorenatlas 2014 Grundschülerinnen Nationalität
62.	Indikatorenatlas 2014 Kinderbetreuung Betreuungsangebot
63.	Indikatorenatlas 2014 Kinderbetreuung Familiensprache nicht deutsch
64.	Indikatorenatlas 2014 Kinderbetreuung Träger der Einrichtung
65.	Indikatorenatlas 2014 Ärzte Ärztedichte
66.	Indikatorenatlas 2014 Ärzte Zahnärztedichte
67.	Indikatorenatlas 2014 Verkehr Motorisierungsgrad
68.	Indikatorenatlas 2014 Verkehr Personenwagendichte
69.	Indikatorenatlas 2014 Verkehr Pkw Neuzulassungsanteil
70.	Indikatorenatlas 2014 Wahlen Wahlbeteiligung

## 6. Beteiligungen/Stellungnahmen der Referate

Das Baureferat, das Direktorium, das Kulturreferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, die Stadtkämmerei, die Münchner Stadtentwässerung und it@M haben diesem Teil A der Beschlussvorlage zugestimmt. Das Revisionsamt hat Fehlanzeige gemeldet und keine Stellungnahme abgegeben.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWM), das Kommunalreferat (KR), das Kreisverwaltungsreferat (KVR), das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) und das Sozialreferat (SOZ) haben der Beschlussvorlage mit Kommentaren und Anmerkungen zugestimmt. Diese Stellungnahmen sind der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigelegt.

In nachfolgender Tabelle sind diese Kommentare und Anmerkungen für die Beschlussvorlage aufgeführt:

Referat	Stellungnahme	Kommentar
AWM	<p>„Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) begrüßt die Bereitstellung offener Daten (Open Data) auf der Open Data Plattform der Landeshauptstadt München (LHM) sowie den geplanten Ausbau des Angebotes. Aus Sicht des AWM gibt es keine Vorbehalte zu dem Jahresbericht der Open-Data-Aktivitäten des Jahres 2015. Der AWM bittet jedoch um Beantwortung folgender Fragen:</p> <p>Aktivitäten des Jahres 2015:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche konkreten Ergebnisse wurden mit den genannten Maßnahmen erreicht? (z. B. Hackathon am Open Data Day 2015, Open Government Tage, Open Data Cities (KGSt), EU-Projekt Open Data Monitor).</li> <li>• Welche Aktivitäten sind für 2016 geplant?</li> </ul> <p>Bereitstellung neuer Datensätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie wird mit den Vorbehalten und Ängsten der LHM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Freigabe von Datensätzen umgegangen?</li> <li>• Für den AWM sind die Wertstoffhöfe im Open Data Por-</li> </ul>	<p>D-III (STRAC) bedankt sich für die Fragen.</p> <p>Die Beantwortung der Fragen erfolgt – wie mit dem Eigenbetrieb abgestimmt – gesondert an den AWM außerhalb dieses Beschlusses. Dazu laufen zum Teil aktuell Arbeiten bzw. werden Themen zur Vorbereitung des kommenden eo-Gov-Beschlusses zum BayEGovG behandelt.</p>



Referat	Stellungnahme	Kommentar
	<p>tal des LHM hinterlegt. Wie und mit wem wurde der beschriebene mehrstufige Prozess der Datenfreigabe beim AWM durchlaufen?</p> <p>Geobasisdaten der LHM bzw. des Bayerischen Vermessungsamtes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie können bislang nicht geldleistungsfreie Daten im Open Data Portal veröffentlicht werden?</li> <li>• Wie wird mit datenschutzrechtlichen Belangen umgegangen?</li> </ul> <p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner in den Referaten und Eigenbetrieben zur Datenfreigabe: Welche Erwartungen hat STRAC an diese Rolle?</li> <li>• Welche weiteren Maßnahmen sind für die Erreichung der genannten Handlungsziele geplant?</li> <li>• Welche Daten sind für die Öffentlichkeit besonders relevant, um die genannten Vorteile von Open Data zu realisieren?</li> <li>• Welcher Aufwand wird für die LHM bzw. die Referate und Eigenbetriebe voraussichtlich entstehen?“</li> </ul>	
KR	<p>Wir bitten den nachfolgenden Textbeitrag in das Kapitel „Beteiligungen/ Stellungnahmen der Referate“ aufzunehmen:</p> <p><i>„Im Beschluss „E-Government und Open-Government - Stufe 2“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01595) vom 12.11.2014 (VPA-Sitzung) wurde der GeodatenService München im Kommunalreferat beauftragt, ein Konzept zur Schaffung des GeoPortal München sowie der Geodateninfrastruktur München zu erstellen. Dieses Konzept soll dem Münchner Stadtrat Ende 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.</i></p> <p><i>Ziel des Konzeptes ist es, eine einheitliche, gesamtstädtische Basis für Geodaten im Internet (Geodateninfrastruktur München) zur Verfügung zu stellen und den Zugriff hierauf über standardisierte Schnittstellen zu ermöglichen. Dadurch ergibt sich für alle Fachreferate die Möglichkeit, eigene Geodaten (insbesondere Geofachdaten, siehe Kapitel „2.2 Geodaten“ dieser Sitzungsvorlage) auf einem stadtweit einheitlichen, standardisierten Weg in der Open Data Plattform der Landeshauptstadt München einzustellen.</i></p> <p><i>Vorbehaltlich der Entscheidung des Münchner Stadtrats Ende 2016 soll mit dem GeoPortal München sowie der Geodateninfrastruktur München eine stadtweite Plattform geschaffen werden, die sich insbesondere durch ihre Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit auszeichnet. Denn hiermit soll nicht nur die Versorgung des Open Data Portals mit städtischen Geodaten gewährleistet werden.</i></p> <p><i>Vielmehr wird</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>eine wichtige Basiskomponente für das städtische E-Government geschaffen (zum Beispiel zur Nutzung in Online-Services, Apps, etc.),</i></li> <li>• <i>hochrelevante Services (unter anderem Kartendienste) im München Portal (muenchen.de), der zentralen Online-Plattform der Landeshauptstadt München, umgesetzt und</i></li> <li>• <i>die Smart Data Plattform im Rahmen des Smart City-</i></li> </ul>	D-III (STRAC) bedankt sich für diese Ergänzung und hat dem Wunsch entsprochen.

Referat	Stellungnahme	Kommentar
	<p><i>Programms „Horizon 2020“ mit Geodaten versorgt. Letztendlich erfolgt immer ein zentraler Datenzugriff, der aktuelle, in sich konsistente Geodaten zurückliefert – unabhängig, von welcher Umgebung aus zugegriffen wird.“</i></p>	
KVR	<p>„Das KVR stimmt der Beschlussvorlage grundsätzlich zu. Seitens KVR besteht jedoch noch der Wunsch, dass ein neues Ziel unter Punkt 3 Seite 8 aufgenommen wird, bzw. dass unter Punkt 2 zusätzliche Datensätze bereitgestellt werden.</p> <p>Auch Mitteilungen und amtliche Verkündungsblätter stellen Datensätze dar und können mit geeigneten Mitteln im Rahmen von OpenData öffentlich zugänglich gemacht werden und damit mehr Transparenz und Zusammenarbeit geschaffen werden. Aktuell werden nicht immer alle Mitteilungen und amtliche Verkündungsblätter auch elektronisch zur Verfügung gestellt, so dass hier aktuell ein OpenData-Ansatz nicht zielführend ist.</p> <p>Insoweit sollte ein Ziel definiert werden, dass der neue Art. 4 II Satz 2 BayEGovG stringent vollzogen wird und damit die LHM bezüglich Mitteilungen und amtlichen Verkündungsblättern dem OpenData-Ansatz gerechter wird.</p> <p>Neues Ziel:</p> <p>"Ziel ist es, dass veröffentlichungspflichtige Mitteilungen und amtliche Verkündungsblätter ausschließlich elektronisch veröffentlicht werden, eine Veränderung der veröffentlichten Inhalte ausgeschlossen ist und die Einsichtnahme auch unmittelbar bei der die Veröffentlichung veranlassenden Stelle für alle Personen auf Dauer gewährleistet ist." =&gt; Vollzug Art. 4 II Satz 2 BayEGovG"</p>	<p>Dieses Thema hat nur indirekten Bezug zu dem vorliegenden Sachstandsbericht zu Open-Government. Offene Daten (OpenData) sind dem geschilderten Sachverhalt sehr verwandt, aber diese Art der Dokumente ist nicht einfach weiterverarbeitbar, wie bei OpenData gefordert, sondern von anderem Typus.</p> <p>Für die Behandlung der Themen aus dem Bayerischen E-Government-Gesetz ist ein eigenständiger Beschluss für Mitte 2016 in Arbeit, in dem auch dieser genannte Teilaspekt aus dem Gesetz daher im Verbund mit allen anderen Aspekten behandelt werden soll.</p>
RAW	<p>„Das RAW begrüßt die weitere Entwicklung im Open-Data-Sektor und hat keine Einwände gegen die Ziele des Beschlusses.</p> <p>Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird das Projekt im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter unterstützen. Der Einsatz von e-Government und o-Government ist für eine zukunftsfähige Verwaltung unerlässlich und kann somit auch für das RAW positive bzw. zusätzliche Effekte bringen.“</p>	<p>DIR-III (STRAC) bedankt sich für diese Stellungnahme.</p>
SOZ	<p>„Grundsätzlich teilt das Sozialreferat das Anliegen, Daten der Stadtverwaltung im öffentlichen Interesse der Allgemeinheit zugänglich zu machen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Bei den in Punkt 3 formulierten allgemeinen Zielen ist allerdings nicht erkennbar, in wie weit hierbei die Referate jetzt zum Handeln aufgefordert sind. Falls dabei Aufwände auf die Referate zukommen, werden sie nicht benannt.“</p>	<p>DIR-III (STRAC) bedankt sich für diese Stellungnahme. Die Referate werden unterschiedlich von den Zielen betroffen sein. Die notwendigen Aufwände wer-</p>

Referat	Stellungnahme	Kommentar
		den mit den betroffenen Referaten bzw. Eigenbetrieben im jeweils konkreten Fall geklärt und gemäß der abgestimmten Prozesse in der Vorhabensplanung behandelt.

## **Teil B: Bericht 2015 des E- und Open-Government Projekts Stufe 2**

Der Handlungsbedarf für die Landeshauptstadt München (LHM) im Bereich E- und Open-Government ergibt sich insbesondere aus den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger sowie anderer Behörden und Partner aus der Wirtschaft und der Politik, einem gesteigerten Service- und Qualitätsanspruch, der Notwendigkeit zur Effizienzsteigerung der Verwaltung, gesetzlichen Anforderungen und dem Wandel im Verhalten und der Erwartungshaltung der Gesellschaft, bezogen auf Einsatz und Nutzen des Internets und der Online-Services.

Zur einfacheren Nachvollziehbarkeit dieses Berichts wurden die nachfolgenden Kapitel streng an der Struktur des zugrundeliegenden Beschlusses zur Stufe 2 ausgerichtet. So ergibt sich die Einteilung nach Handlungsfelder, die wiederum Bündel von Maßnahmen beinhalten, die jeweils kurz inhaltlich beschrieben werden. Daraufhin wird jeweils kompakt das Ergebnis aus 2015 erläutert und ein Ausblick auf das weitere Vorgehen gegeben.

### **7. Einleitung**

Das Projekt E- und Open-Government Stufe 2 (im Folgenden eoGov-Projekt) ist ein strategisches Projekt im Rahmen der E-Government und Open-Government-Strategie der Landeshauptstadt München (LHM) und setzt auf das Projekt E-Government und Open-Government Stufe 1 auf.

Im Rahmen der Stufe 1 wurde das Online Service Portal (OSP) der LHM konzipiert und aufgebaut. Das OSP beinhaltet dabei folgende Kernfunktionalitäten:

- Bürgerkonto und Nutzung neuer Personalausweis (nPA)
- Elektronische Bezahlungsmöglichkeit im OSP (Kreditkarte, GiroPay)
- Anbindung Newsletterplattform

Ergänzend wurden weitere eoGov-Basisdienste zur Verfügung gestellt:

- Newsletterplattform
- Veranstaltungsplattform
- Online Befragungsplattform
- Open Data Plattform
- Kommunikation via De-Mail
- Aufbau/Pilotierung Bürgerterminals

Ziel des eoGov-Projekts Stufe 2 ist ein verbessertes und erweitertes Angebot an eGov-Diensten und oGov-Angeboten und eine wirtschaftliche Umsetzung der von den Referaten und Eigenbetrieben gemeldeten eoGov-Vorhaben.

## 7.1. Aktivitäten 2015

Zur Erreichung dieses Ziels wurden im Umsetzungszeitraum 2015 folgende Aktivitäten durchgeführt und Ergebnisse erzielt.

### 7.1.1. Handlungsfeld 1 – Neue E-Government und Open-Government-Dienste

Maßnahmen aus Handlungsfeld 1 betreffen den Ausbau und die Weiterentwicklung des elektronischen Leistungsangebots für die Bevölkerung, die Partner im behördlichen Bereich und die Wirtschaft.

#### Online-Dienste für das Einwohnerwesen (KVR)

Im Rahmen dieser Maßnahme werden folgende Online-Dienste für das Einwohnerwesen (EWO) im KVR bereitgestellt, welche einen leichten und bequemen Zugang zu melderechtlichen Dienstleistungen der LHM bieten:

- Online-Bestellung von Meldebescheinigungen (inkl. Bezahlung)
- Online-Bestellung von Aufenthaltsbescheinigungen (inkl. Bezahlung)
- Online-Beantragung von Melderegisterauskünften (inkl. Bezahlung)
- Online-Meldung zum Umzug innerhalb der Stadt
- Einrichtung von Übermittlungssperren

**Ergebnisse 2015** Die Beschaffung der Lizenzen für die neuen EWO-Online-Dienste ist erfolgt. An der Anpassung der Dienste an die Anforderungen der Landeshauptstadt unter Berücksichtigung der Bestimmungen des neuen Bundesmeldegesetzes wird aktuell gearbeitet. Parallel wird die Integration dieser neuen Dienste in die entsprechenden Fachverfahren und die Infrastruktur der LHM vorbereitet und durchgeführt.

**Weiterer Ausblick** Die Integration der EWO-Online-Dienste wird 2016 abgeschlossen, so dass diese Dienste dann den Bürgerinnen und Bürgern über das OSP zur Verfügung stehen.

#### Beantragung von Haltverboten (KVR)

Dieser Dienst ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zeitlich und örtlich beschränkte Halteverbote, z. B. im Fall von Umzügen, online über das OSP zu beantragen.

**Ergebnisse 2015** Die Realisierung des Dienstes wurde Mitte 2015 abgeschlossen. Die vom Nutzer erfassten und plausibilisierten Daten werden ohne Medienbruch direkt in das Fachverfahren übertragen. Die Migration des Fachverfahrens in die *Münchner Infrastruktur für Applikationen* wurde Ende 2015 erfolgreich abgeschlossen. Der Dienst wurde am 19.01.2016 auf dem OSP produktiv gesetzt.

**Weiterer Ausblick** Eine zweite Ausbaustufe ist für 2017 geplant und beinhaltet die Bereitstellung der Funktionalität für die „Juristischen Person“ im OSP.

### **Bauantrag Online (PLAN)**

Seit Dezember 2014 werden einzelne Formulare zum Bauantrag im OSP bereit gestellt. Diese können online ausgefüllt, als PDF gedruckt und auf dem üblichen Weg als Papierformulare eingereicht werden.

Diese bestehende Lösung wird auf die am häufigsten benötigten Formulare des Bauantrags erweitert und systematisch weiter ausgebaut. Eine komplette elektronische Antragstellung, bei der auch das Schriftformerfordernis durch eine elektronische Identifizierung ersetzt werden kann, wird angestrebt und soll ebenfalls im Rahmen dieser Maßnahme umgesetzt werden.

**Ergebnisse 2015** Das bestehende Datenmodell wurde erweitert, die Online-Dienste wurden sukzessive entworfen und umgesetzt. Die Anforderungen an eine Schnittstelle zum Fachverfahren wurden abgestimmt und die Entwicklung dieser Schnittstelle wurde beim Hersteller beauftragt. Wie geplant beginnen im Jahr 2016 die Tests.

**Weiterer Ausblick** Die Online-Dienste für den Bauantrag werden finalisiert. In einem weiteren Schritt soll das Fachverfahren im Planungsreferat an das OSP angeschlossen werden. Dies ermöglicht eine medienbruchfreie Übertragung der Antragsdaten aus dem OSP in das Fachverfahren. Die Nutzung der neuen Möglichkeiten aus dem Bayerischen E-Government Gesetz wird geprüft – insb. Schriftformersatz durch den Neuen Personalausweis mit eID-Funktion.

### **Anmeldung an der Sing- und Musikschule (RBS)**

Die Funktionalität des Dienstes umfasst die Anmeldung von Schülerinnen und Schülern über das Internet im OSP. Diese Funktionalität ist Basis für weitere Funktionen eines zu beschaffenden Fachverfahrens, u. a. für die Zuteilung von Schülerinnen und Schülern zu Kursen bzw. Lehrerinnen und Lehrern, die Wartelistenverwaltung, die Dokumentation gehaltener Stunden und die Übermittlung von Abrechnungsdaten.

Die Umsetzung wurde im Jahr 2015 für 2017 geplant.

### **Registrierung zu Veranstaltungen des Referats für Bildung und Sport (RBS)**

Mit Hilfe der Online-Anmeldungen zu Veranstaltungen können Personen zu Veranstaltungen eingeladen werden und sich direkt online für die Teilnahme registrieren bzw. einen Platz reservieren. Hierbei sollen insbesondere Anmeldungen zu den zahlreichen Veranstaltungen des RBS wie z. B. Kongresse, Workshops und Vorträgen unterstützt werden.

Die Umsetzung wurde im Jahr 2015 für 2017 geplant.

### **Newsletter-Angebote der Fachbereiche**

Die bereitgestellte Basiskomponente für Newsletter soll stadtweit für künftige Newsletter der LHM verwendet und ausgebaut werden. Sie bietet eine stadtweit nutzbare Plattform als einheitliche Lösung für die Erstellung und den Versand von Newslettern. Das OSP ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern dabei die An- und Abmeldung von Newslettern.

**Ergebnisse 2015** Im Laufe des Jahres wurden drei neue Newsletter des Planungsreferats zur Verfügung gestellt. Im Rahmen mehrerer Veranstaltungen wurden die interessierten Referate über die Möglichkeiten der Nutzung der Plattform und der Software phpList zur Erstellung der Newsletter informiert.

**Weiterer Ausblick** Das Angebot an Newslettern soll sukzessive ausgebaut werden und auch das OSP soll dabei entsprechend erweitert werden. Dafür haben bereits mehrere Referate ihr Interesse bekundet.

### **Kooperation (Zusammenarbeit) mit Bürgerinnen / Bürgern und Organisationen**

Verschiedene Referate haben fachliche Aufgaben, im Rahmen derer sie mit externen Partnern Informationen und Dokumente austauschen, gemeinsam Dokumente bearbeiten und Termine für gemeinsame Abstimmungen finden müssen. Heute findet die Kooperation von Fachabteilungen mit externen Partnern vor allem per E-Mail oder per Telefon statt. Besonders die Terminfindung und die Arbeit an gemeinsamen Dokumenten ist dabei aufwendig bzw. schwierig. Die Funktionalität zur Unterstützung derartiger Kooperationen wird durch die neu aufzubauende Kooperationsplattform bereitgestellt.

**Ergebnisse 2015** Mit den interessierten Referaten wurden Gespräche über deren Anforderungen an eine Kooperationsplattform geführt. Diese flossen in die Entwicklung der Kooperationsplattform ein. Darüber hinaus wurden die Pilotuser zum Test der Plattform ausgewählt und die Vorbereitungen für den Produktivgang vorangetrieben. Anfang 2016 ging die neue Kooperationsplattform zusammen mit einer neuen, standardisierten Nutzerverwaltung für extern nutzbare Anwendungen in Betrieb.

**Weiterer Ausblick** 2016 wird die Kooperationsplattform den einzelnen Referaten und einzelnen Projekten zur Verfügung gestellt.

Dabei handelt es sich um folgende Benutzer:

- RGU (Pilotierung)
- Stadtrat im Rahmen des Projekts zur papierlosen Stadtratsarbeit
- Bezirksausschüsse
- Projekt „Smarter Together“

### **Online Befragungen**

Die bereitgestellte Basiskomponente für Online-Befragungen kann stadtweit für Befragungen durch verschiedene Fachbereiche der LHM genutzt werden. Mit Hilfe des Dienstes haben die Referate die Möglichkeit, ein Meinungs- und Stimmungsbild zu ermitteln, um dieses bei späteren Entscheidungen berücksichtigen zu können.

**Ergebnisse 2015** Das Statistische Amt nutzt die Basiskomponente für die Durchführung von unterschiedlichsten Befragungen im Auftrag verschiedener Referate. Ein weiterer direkter Nutzer ist das Referat für Gesundheit und Umwelt.

**Weiterer Ausblick** Die vom Stadtrat beauftragte Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zum Einsatz von E-Government erfolgt im Zeitraum Februar/März 2016 auf dieser Plattform.

Bei Bedarf wird die Basiskomponente weiteren Benutzern zur Verfügung gestellt.

### **Online Meldung von Anliegen**

Für ausgewählte Themen soll für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bereitgestellt werden, Anliegen an die Verwaltung zu adressieren. Die Erfassung der Anliegen erfolgt über einfache Online-Formulare im OSP. Die zu realisierenden Themen sind noch in Abstimmung mit den potentiellen Referaten und Eigenbetrieben oder nach Vorschlägen und Wünschen aus der Bevölkerung festzulegen. Die konkret umzusetzenden Meldungen werden im Rahmen des eoGov-Planungsprozesses vorgeschlagen, priorisiert und durch den Lenkungskreis des eoGov-Projekts im Rahmen eines bereitgestellten Umsetzungsbudgets entschieden.

**Ergebnisse 2015** Hier erfolgten Arbeiten an der Basisinfrastruktur – mobile App – und einzelne Dienste wurden optimiert.  
Vergleiche Kapitel 5.1.6 „Ergänzungsantrag zum Beschluss“

**Weiterer Ausblick** Für das Jahr 2016 ist die weitere Umsetzung dieses Bereiches in Planung. Dazu sind neben der technischen Umsetzung insbesondere organisatorische Regelungen zu treffen.

### **Registrierung zu Veranstaltungen zur stadtweiten Nutzung**

Die Maßnahme ergänzt und verallgemeinert den Dienst „RBS Veranstaltungen online anmelden“, stellt ihn für den Einsatz in weiteren Referaten und Eigenbetrieben zur Verfügung und realisiert im Rahmen des verfügbaren Budgets weitere Anwendungsfälle. Der Dienst ermöglicht im Wesentlichen die Einladung und Registrierung von Bürgerinnen und Bürgern zu Veranstaltungen.

**Ergebnisse 2015** Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme der Veranstaltungsplattform für die Online-Anmeldung für Veranstaltungen im Rahmen des Ferien- und Familienpasses des Sozialreferats wurden im Laufe des Jahres folgende weitere Veranstaltungsplattformen produktiv gesetzt:



- Referat für Arbeit und Wirtschaft: Anmeldung zu Veranstaltungen des RAW (z. B. „Münchner Beschäftigungskonferenz 2015“)
- Sozialreferat: Anmeldungen zu Veranstaltungen des SOZ (z. B. „Münchner Qualifizierungsprogramm für Tagesbetreuungspersonen“)

Weiterer Ausblick Im Laufe des Jahres 2016 werden weitere Veranstaltungsplattformen für einzelne Referate und Eigenbetriebe realisiert:

- Münchner Stadtentwässerung: Anmeldung zu Veranstaltungen der MSE
- Referat für Gesundheit und Umwelt: Anmeldung zur Nacht der Umwelt 2016
- Sozialreferat: Anmeldung zu Fortbildungsveranstaltungen für interne Mitarbeiter/-innen der LHM

### **Anträge und Meldungen im Online Service Portal**

Die bestehenden Online-Anträge und -Formulare im OSP sollen durch weitere, häufig verwendete, in der Regel kleine Formulare, ergänzt werden. Insbesondere sollen Formulare unterstützt werden, für die ein Bedarf im Rahmen des eoGov-Planungsprozesses gemeldet wurde sowie jene die aufgrund des Verhältnisses von Fallzahlen und Aufwand einen großen potentiellen Nutzen und hohe Akzeptanz erwarten lässt. Die Umsetzung wurde im Jahr 2015 für 2017 geplant.

### **Open-Data-Angebote für Bürgerinnen / Bürger und Unternehmen**

In Stufe 1 wurde die Infrastruktur zur Veröffentlichung von strukturierten Daten bereitgestellt und die Veröffentlichung pilotiert. Im Rahmen dieser Maßnahme wird, zur weiteren Erhöhung der Transparenz das Open-Data-Angebot, durch weitere veröffentlichte Datensätze der Referate und Eigenbetriebe ausgeweitet. Hierbei wird die Einbindung weiterer Referate vorangetrieben und ein Prozess zur Aktualisierung des Datenkatalogs etabliert. Analysen und Statistiken zur Nutzung der Datenkataloge und die Integration des Stadtplans des München Portals runden das Angebot ab.

Ergebnisse 2015 Siehe Beschlussvortrag Teil A

Weiterer Ausblick Siehe Beschlussvortrag Teil A

## **7.1.2. Handlungsfeld 2 – Neue stadtweite eoGov-Basiskomponenten**

### **Kooperationsplattform**

Die geplante Kooperationsplattform dient zur Unterstützung von Projekt- und Gremienarbeit zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LHM sowie externen Einrichtungen und Partnerorganisationen. Im Zentrum steht dabei die Möglichkeit, schnell und sicher Daten auszutauschen, gemeinsam Termine zu vereinbaren und zu verwalten bis hin zu Funktionalität für die kooperative Zusammenarbeit wie z. B. Foren, Wikis.

- Ergebnisse 2015** Die Kooperationsplattform wurde im Jahr 2015 auf Basis der Open Source Software „Alfresco“ geplant, entwickelt und Anfang 2016 zusammen mit einer neuen, standardisierten Nutzerverwaltung für dezentrale Anwendungen zur Verfügung gestellt.
- Weiterer Ausblick** Die Plattform steht ab Februar 2016 zum Einsatz bei den Referaten zur Verfügung (Details siehe Handlungsfeld 1: *Kooperation (Zusammenarbeit) mit Bürgerinnen / Bürger und Organisationen*).

### **Terminvereinbarung**

Die Basiskomponente zur Terminvereinbarung ermöglicht eine Online-Terminbuchung für Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Die Komponente ermöglicht der Verwaltung eine optimierte Terminvereinbarung für stark frequentierte Verwaltungsleistungen für Bürger vor Ort wie z. B. im KVR oder RGU. Sie bietet Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen eine erhebliche Verkürzung der Wartezeiten bzw. die Möglichkeit einer Terminbuchung mit hoher Verfügbarkeit, unabhängig von der Erreichbarkeit der Verwaltung.

- Ergebnisse 2015** 2015 wurde ein Standard-Einführungskonzept für die Terminvereinbarung auf Basis der Erfahrungen von Pilotanwendern entworfen. Die Beschaffung von 400 weiteren Lizenzen wurde eingeleitet.
- Weiterer Ausblick** Die Basiskomponente zur Terminvereinbarung wird im Laufe des Jahres 2016 weiteren Referaten zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse eines weiteren Lessons Learned Workshops werden in das Einführungskonzept integriert und das Konzept finalisiert.

### **7.1.3. Handlungsfeld 3 – Weiterentwicklung der eoGov-Basiskomponenten**

#### **Funktionale Erweiterung des Online Service Portals (OSP)**

Geplante Maßnahmen in diesem Handlungsfeld umfassen die Erweiterung des OSP um folgende Funktionalitäten:

- Juristische Person (Stichwort: „Unternehmenskonto“) zur Umsetzung effektiver Verwaltungsdienste für Unternehmen
- Zwischenspeichern von Daten aus Formularen zur Erschließung weiterer komplexerer Nutzungsszenarien wie dem Online-Bauantrag
- Nutzung des Postkorbs im Bürgerkonto für die sichere bilaterale Kommunikation zu Bürgerinnen und Bürgern

Weiterhin ist die funktionale Erweiterung und Optimierung einer Integrationskomponente für die Ergänzung bestehender Fachverfahren um Online-Dienste vorgesehen. Diese ermöglicht die Nutzer in den Antragsprozess direkt über Internet einzubinden, die Datenqualität zu verbessern und generell Medienbrüche zu reduzieren.

- Ergebnisse 2015** Die Konzeption der gewünschten Funktionalität und Abstimmung mit dem Dienstleister wurde durchgeführt. Die Konzepte für die genannten Funktionalitäten wurden erarbeitet und sind die Grundlage der Umsetzung. Konkrete Aufträge an den Dienstleister sind auf den Weg gebracht.  
Die Integrationskomponente wurde weiter ausgebaut und zur Nutzung bereit gestellt.
- Weiterer Ausblick** Die nächsten Schritte sind die Beauftragung des Dienstleisters, die Umsetzung der geplanten Funktionalitäten im OSP sowie die weitere Nutzung der Integrationskomponente durch Fachverfahren.

### **Ausbau der elektronischen Zahlungsmöglichkeiten**

Im Bereich elektronische Bezahlung beabsichtigt die AKDB mittelfristig PayPal als weitere, verbreitete Bezahlform zur Verfügung zu stellen. Auch wird geprüft, ob das, mit der Einführung von SEPA nicht weiter verfügbare aber in der Verwaltung weitverbreitet genutzte Lastschriftverfahren durch ein praktikables SEPA-konformes und einfaches Zahlverfahren (SEPA-Lastschrift) ersetzt werden kann.

- Ergebnisse 2015** Im Laufe des Jahres wurde die „Basiskomponente elektronisches Bezahlen (BeB)“ konzipiert und realisiert. Seit Oktober 2015 können bei Bedarf auch Fachverfahren an diese Basiskomponente angebunden werden und somit die Bezahlung online ermöglichen. Als Pilotprojekt wurde die Online-Anmeldung für den Bibliotheksausweis der Münchner Stadtbibliothek (MSB) begleitet. Dieser wurde im Januar 2016 erfolgreich produktiv gesetzt und sofort von den Bürgerinnen und Bürgern intensiv genutzt.  
Ende 2015 wurde mit dem Ausbau der BeB um das Bezahlverfahren „Online-Lastschrift“ begonnen, welches zukünftig die Bezahlung über ein SEPA konformes Lastschriftverfahren ermöglicht.
- Weiterer Ausblick** Nach der Freigabe des Online-Lastschriftverfahrens wird dieses beim KVR zur Bezahlung bei Urkundenbestellungen pilotiert. Weitere Referate haben bereits Interesse bekundet.  
Darüber hinaus ist die Einführung weiterer Bezahlmethoden in Prüfung.

#### **7.1.4. Handlungsfeld 4 – Weitere stadtweite Verankerung von E- und Open-Government**

##### **Maßnahmen zur Verankerung von E-Government**

Die gesammelten Erfahrungen zeigen deutlich, dass E- und Open-Government kontinuierlich an Bedeutung zunimmt. Es gilt somit die E-/Open-Government-Aktivitäten dauerhaft strategisch auszurichten, professionell zu begleiten, Möglichkeiten zu erkennen, Initiativen zu ergreifen, übergreifende Aufgaben zu bündeln und auf eine konzeptionell fundierte Basis zu stellen, um eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung zu erreichen.

Die enge Begleitung der Referate und Eigenbetriebe ist substantiell, um die zeitnahe Umsetzung von Ergebnissen und Mehrwerten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten.

**Ergebnisse 2015** E-Government wurde in der IT-Strategie der LHM beschrieben und verankert. Durch Präsentationen und Diskussionen auf LHM-internen Veranstaltungen wurden die Grundideen des Themas E-Government in den Referaten und Eigenbetrieben weiter etabliert. Die Stelle der Projektleitung für das eoGov-Projekt wurde Anfang 2015 besetzt.

**Weiterer Ausblick** Folgende Schwerpunkte werden im Jahr 2016 gesetzt:

- Weitere Ausarbeitung der E-Government Strategie
- Weiterentwicklung einer E-Government-Architektur.
- Erstellung und Umsetzung eines Portalkonzepts zur Weiterentwicklung des OSP
- Weitere Verankerung in den Referaten/Eigenbetrieben

##### **Maßnahmen zur Verankerung von Open-Government**

Um eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung zu schaffen, werden im Rahmen dieser Maßnahme folgende strategische Maßnahmen ergriffen:

- Klärung grundsätzlicher Fragestellungen
- Einbindung von Open-Data in vorhandene Prozesse
- Redaktionelle Betreuung der Open-Data-Plattform
- Ausbau der Open-Data-Community

**Ergebnisse 2015** siehe Teil A

**Weiterer Ausblick** siehe Teil A

##### **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Kommunikation mit und über alle Ebenen sowohl innerhalb der Verwaltung, zur Umsetzung der angestrebten Veränderungen, als auch in Richtung Politik und Öffentlichkeit stellt einen wichtigen Baustein in diesem Handlungsfeld dar.

**Ergebnisse 2015** Neben zahlreichen Veröffentlichungen im Internet und Intranet der LHM sowie in Blogs sind folgende Maßnahmen hervorzuheben:

- Hackathon: Zum Open Data Day 2015 wurde ein Hackathon durchgeführt an dem rund 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.
- CeBIT: Mit dem Bürgerterminal war die LHM auf der CeBIT 2015 auf einem Gemeinschaftsstand des Bundesinnenministeriums vertreten und konnte interessante Kontakt in andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung, zu Entscheidungsträgern in den Ministerien, zur Wirtschaft und zu anderen Interessenten knüpfen
- Open Government Tage 2015: Unter der Schirmherrschaft von Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter fanden die „Open Government Tage 2015“ statt. Über 160 Expertinnen und Experten trafen sich zum Informations- und Erfahrungsaustausch zu unterschiedlichen Themen rund um das Thema „Open-Government“ im Alten und Neuen Rathaus.

Die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit wurde Ende 2015 besetzt.

Weiterer Ausblick Auch 2016 wird die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten im Rahmen des Projektes informiert. Darüber hinaus sind folgende Veranstaltungen geplant:

- Hackathon am 05.03.2016
- Open Government Tage 2016 am 27./28.10.2016

#### **7.1.5. Fachliche Querschnittsthemen**

Fachliche Querschnittsthemen haben Auswirkungen für die Verwaltungsprozesse verschiedener Referate und umfassen wichtige Grundfunktionen im Bereich E- und Open-Government. Die folgenden Themen werden federführend von den zuständigen Referaten verantwortet und vom eoGov-Projekt unterstützt.

#### **Vorbereitung einer stadtweit einheitlichen Bezahlplattform**

Als wichtiges Themenfeld wurde ePayment mit der fachlichen Zuständigkeit bei der Stadtkämmerei für das Themenfeld Online-Bezahlungsfunktionen identifiziert.

Ergebnisse 2015 Das Projekt ePayment wurde im Jahre 2015 in der Stadtkämmerei und in enger Abstimmung mit dem eoGov-Projekt gestartet. Zentrale Punkte waren die Einführung des Online Lastschriftverfahrens und die Erstellung eines Konzeptes zur automatischen Verbuchung der Zahlungseingänge (Verbuchungsschnittstelle).

Weiterer Ausblick Die Pilotierung des Online Lastschriftverfahrens findet in enger Zusammenarbeit mit dem SKA statt. Darüber hinaus wird die Konzeption der Verbuchungsschnittstelle abgeschlossen und anschließend wird diese realisiert.

## **Erstellung eines Konzepts für das GeoPortal München inkl. Geodateninfrastruktur**

Als weiteres wichtiges Themenfeld wurde GeoPortal München identifiziert. Die fachliche Zuständigkeit liegt im Kommunalreferat-Geodaten-Service.

**Ergebnisse 2015** Die Arbeitsgruppe GeoPortal München / GDI München hat ihre Arbeit aufgenommen. Die genehmigten Stellen wurden besetzt.

**Weiterer Ausblick** Die neuen Mitarbeiter starten am 01.01.2016 bzw. am 01.04.2016. Derzeit erfolgt die inhaltliche Abstimmung mit Open-Government.

### **7.1.6. Maßnahmen gemäß Änderungsantrag zum Beschluss**

#### **Online Meldung von Anliegen**

Die Verwaltung entwickelt eine über reine Online-Formulare hinausgehende mobile App, mit welcher Schäden und Verbesserungsvorschläge an städtischen Einrichtungen direkt, unter Nutzung von GPS-Koordinaten und mit der Möglichkeit Bilder hochzuladen, gemeldet werden können. Diese App soll dem Stadtrat vorgestellt werden.

**Ergebnisse 2015** In der aktualisierten mobilen App für Smartphones der Portalgesellschaft, sog. „München App“, werden in einem Bereich für Verwaltungsdienste und Informationen ausgewählte online Dienste bereitgestellt bzw. entsprechend bestehende Online-Dienste wie „Bei Anruf Licht“ und „Meldung zu Kinderspielflächen“ angepasst. Zusammen mit dem verantwortlichen Fachbereich „Brunnen/Denkmäler“ (Baureferat) und den IT-Dienstleistern wurde ein Modul in der München App, wie beauftragt mit GPS und Foto-Funktion, umgesetzt. Diese bildet die Blaupause für weitere Meldedienste, wobei die Einführung zusätzlicher Angebote nur in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dienststellen für den Online-Zugang und bei angepassten organisatorischen Regelungen möglich ist. Die Meldemöglichkeiten für Licht, Spielplätze, Brunnen und Denkmäler stehen in der erwarteten Form ab März 2016 zur Verfügung<sup>11</sup>.

**Weiterer Ausblick** Anfang 2016 wird eine überarbeitete „München App“ bereitgestellt und damit die Basisfunktionalität für das verbesserte Angebot an Verwaltungsdiensten geschaffen.

#### **Neue E- und Open-Government-Dienste**

Die Verwaltung wird aufgefordert, sechs Monate nach Erlass des bayerischen E-Government-Gesetzes zu berichten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, welche zusätzlichen (über die in der Vorlage benannten hinausgehenden) Behördengänge online erledigt werden können. Grundlage für die zusätzlichen Maßnahmen in diesem Beschluss soll das kommende bayerische E-Government-Gesetz sowie eine

---

<sup>11</sup> Die Freigabe durch die Fachdienststellen steht noch aus, Redaktionsschluss für diese Beschlussvorlage: 19.02.2016

(Online)-Befragung von Münchner BürgerInnen, welche Anliegen sie gerne zukünftig online erledigen möchten, sein.

**Ergebnisse 2015** Die Gesetzesvorlagen zum Bayerischen E-Government Gesetz (BayEGovG) wurden analysiert und stellen die Basis für die Erstellung des geforderten Beschlusses dar. Parallel wurde die Online-Befragung der Münchner Bürgerinnen und Bürger konzipiert.

**Weiterer Ausblick** Entsprechend dem Auftrag wird ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des BayEGovG zum 30.12.2015 der geforderte Beschluss vor der Sommerpause in den Stadtrat eingebracht. Die Online Befragung wird im Februar/März 2016 durchgeführt. Die Ergebnisse werden in die Beschlusserstellung einfließen.

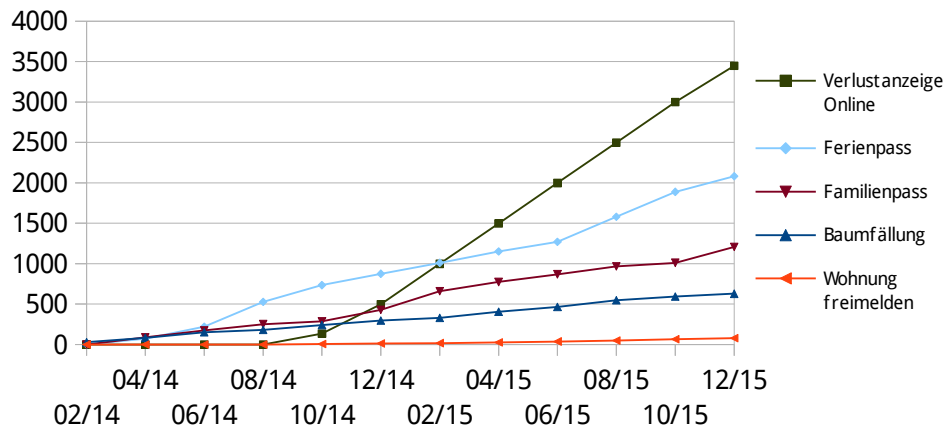
## 7.2. Nutzungszahlen

Mit der Einführung des Online Service Portals (OSP) am 08.11.2013 in Stufe 1 des Projektes wurden unterschiedliche Maßnahmen als sog. Quickwins den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Nach nun über zweijährigem Einsatz können erste vergleichende Aussagen zur Nutzung jeweils im Jahresvergleich gemacht werden. Dies schafft die Voraussetzung für eigene Analysen und die Ableitung von unterstützenden Maßnahmen bzw. für die Ermittlung von Hinderungsgründen für eine breitere Nutzung.

Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung dieser einzelnen Maßnahmen und Dienste – primär aus Stufe 1 des Projekts - dar:

Maßnahme	Go live	Gesamt	2014			2015		
			Anzahl Online	Gesamt-anzahl	Anteil Online	Anzahl Online	Gesamt-anzahl	Anteil Online
Verlustanzeige Online	14.10.14	3.946	498	2.971	17%	2.950	5.319	55%
Ferienpass	05.03.14	1.580	527	16.825	3%	1053	16.433	6,4%
Familienpass	05.03.14	1.033	315	8.346	4%	718	k.A.	k.A.
Baumfällung	31.10.13	629	297	3.000	10%	332	3.000	11%
Wohnung freimelden	10.06.14	79	12	k.A.	k.A.	67	899	7,5%

Die folgende Graphik gibt eine Übersicht über die Nutzungszahlen der Services:



Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung der Newsletterplattform dar:

Newsletter	Go live	Gesamt	Anzahl 2014	Anzahl 2015
Karrierenewsletter	25.02.14	11.258	6.183	5.075
Newsletter RGU	15.11.14	1.119	510	609
Newsletter Bauzentrum	14.11.14	8.121	7.424	697
Newsletter PLAN				
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	09.06.15	541	k.A.	541
Ehemalige Bayernkaserne	09.06.15	575	k.A.	575
Entwicklung im Münchner Nordosten	09.06.15	835	k.A.	835

Mit der Veranstaltungsplattform wurde eine effektive und gut nutzbare Basiskomponente zur Buchung von Veranstaltungsplätzen geschaffen. Die folgenden Zahlen stellen die Nutzung der Veranstaltungsplattform für unterschiedliche Einsatzgebiete dar:

Veranstaltungsplattform	Go live	Online Buchungen 2015	Anmerkungen
Online Anmeldung Ferienaktionen SOZ	01.01.15	1.177	Gebuchte Plätze gesamt: 3.042 Anteil der Onlinetickets (ohne Warteliste): 39% Anteil der Telefontickets: 31% Anteil Warteliste (auch online gebucht): 30%
Veranstaltungen RAW	15.06.15	532	3 Veranstaltungen
Veranstaltungen extern SOZ	21.12.15	0	Erste Veranstaltung: 11.2.16 Im Januar 2016 bereits mehr als 100 Buchungen, für 12 Veranstaltungen

Wie die Zahlen verdeutlichen, ist im Allgemeinen ein Anstieg der Nutzung der Online Dienste der LHM auf den bereitgestellten Plattformen zu erkennen. In einigen Fällen hat sich der Anteil von konventionellen Kommunikationswegen deutlich auf die Online-Services verlagert.



Bei den Maßnahmen, die aktiv von den Referaten/Eigenbetrieben beworben werden (z. B. Ferien-/ Familienpass, Karriere-Newsletter), ist der Anstieg am deutlichsten sichtbar. Ebenso ist erkennbar, dass bei Maßnahmen, bei denen die Online Variante einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger darstellen (z. B. Verlustanzeige online → Nutzung rund um die Uhr, keine Vor-Ort-Präsenz erforderlich zur Meldung) am stärksten genutzt werden.

Wichtig ist zudem der Vergleich der Online-Nutzung mit der Gesamtzahl der Fälle für den jeweiligen Verwaltungsdienst. Gerade für eine Großstadt wie München, mit i.d.R. stets hohen Fallzahlen im Vergleich zum kommunalen Durchschnitt ist per se das Potential für den Einsatz von E-Government hoch.

### **7.3. Kostenbetrachtung**

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government Stufe 2 bewegt sich in dem vorgegebenen Budgetrahmen. Insbesondere das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner kurzfristiger Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen auf Grundlage der in Stufe 1 bereitgestellten Basiskomponente erwiesen.

Insgesamt orientiert sich das Projekt stärker am zur Verfügung stehenden Budget und weniger an den potentiellen Bedarfen; die zur Verfügung stehenden Finanzmittel reichen damit nicht aus, um alle Wünsche umzusetzen. In einigen Fällen sind gesonderte Beschlussfassungen in den jeweiligen Fachausschüssen erforderlich, was zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Zeit erfordert (Beispiel: „Verbesserungen zur Mitarbeiterorientierung“ und weitere Themen im KVR).

### **7.4. Ausblick**

Für den weiteren, stufenweisen Ausbau des Angebots sind die Erfahrungen aus dem bisherigen Projekt eine wichtige Quelle zur Identifikation der Dienste und Basiskomponenten mit den höchsten Potentialen. Neben der Bereitstellung der Dienste sind unabdingbare begleitende Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit und Maßnahmen zur Verankerung von E-Government sowie das Schaffen von Anreizen wie mehr Transparenz, Flexibilität der Nutzung bis hin zur Kostenersparnis erforderlich. Mit dem kürzlich verabschiedeten Bayerischen E-Government-Gesetz wurden rechtlich wichtige Regelungen getroffen, die es zu nutzen gilt.

Dem Auftrag des Stadtrats entsprechend wird auf Basis der neuen Möglichkeiten aus dem Bayerischen E-Government-Gesetz, einer ebenfalls beauftragten Bürgerbefragung zum E-Government-Einsatz und in Abstimmung mit den Bedarfen aus und für die Fachdienststellen an einer weiteren Beschlussvorlage für Mitte 2016 gearbeitet.

Hierzu liefern auch die in Teil C dargestellten Studien und Berichte einen Beitrag, der aber immer auf die Verhältnisse und den Kontext der LHM zu übertragen ist.

### Teil C: Studienvorstellung „Die fetten Jahre sind vorbei – Teil IV“

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die fetten Jahre sind vorbei IV“ vom 11.12.2015 (vgl. Anlage 2) folgendes beantragt  
*„Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat die Studie „Effizientes E-Government“ (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt, 2011) und das Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“ (Nationaler Normenkontrollrat, 2015) vorzustellen und deren Anwendbarkeit auf die Landeshauptstadt München darzulegen. Auf dieser Basis werden dem Stadtrat Vorschläge für Einsparungen durch Digitalisierung städtischer Prozesse zur Entscheidung vorgelegt.“*

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

*„Bürgerinnen und Bürger sind etwa bei privaten Einkäufen im Internet gewohnt, fast alles digital erledigen zu können – von der Bestellung über die Bezahlung bis zur Auftragsnachverfolgung („... wo liegt mein Paket gerade?“). Moderne Unternehmen haben dementsprechend auch ihre internen Prozesse weitgehend digitalisiert. Öffentliche Verwaltungen hinken hier oft hinterher. Dies kostet Bürgerinnen und Bürger Zeit und Nerven - und die Verwaltung viel Geld. Studien eines Verbandes der deutschen Kommunen sowie eines Beratungsgremiums der Bundesregierung haben aufgezeigt, welche (Einspar-)Potentiale in Digitalisierung und E-Government liegen, aber selten gehoben werden.*

*In der IT-Modellkommune Gütersloh kann man z.B. schon Gewerbe online ab- oder anmelden, es gibt eine Onlinefundbüro und bald ist über ein Bürgerkonto die Ausgabe von Melde- und Aufenthaltsbescheinigungen möglich. So weit sind aber die meisten Kommunen noch nicht – auch München nicht.*

*Die Studie der KGSt hat festgestellt, dass bei 70 % der Kernprozesse einer Verwaltung ein Einsparpotential von 20-40 % durch E-Government liegt: „Kommunen bieten Leistungen in einer sehr großen Breite an, eine Großstadt kommt auf insgesamt über 3000 Prozesse, eine Kreisverwaltung auf etwa 1500. Allerdings binden lediglich 10 bis 20 Prozent dieser Prozesse 80 bis 90 Prozent der Personalressourcen in der Kommune. Diese Prozesse sind die Kernprozesse der Kommune. Maßnahmen zur Prozessoptimierung sollten sich zunächst auf diese Prozesse konzentrieren. Gleichzeitig bieten rund 70 % dieser Prozesse Optimierungspotenziale durch E-Government. Detaillierte Analysen im Rahmen der Studie haben ein Kosteneinsparpotenzial durch Prozessoptimierung mittels E-Government im Front-Office und im Back-Office von 20 bis 40 Prozent identifiziert. Auch wenn diesen noch die konkreten Investitionskosten gegenüber gestellt werden müssen, lassen sich hier mittel- bis langfristig erhebliche Einsparpotenziale absehen. Die Potenziale liegen an der Schnittstelle zum Kunden (Front-Office), zum Beispiel durch elektronische Anträge, insbesondere aber in der Verwaltung selbst. Prozessoptimierung mit E-Government sollte sich daher zunächst auf die ermittelten Kernprozesse konzentrieren.“*

*(<https://www.kgst.de/themenfelder/informationsmanagement/e-government/effizientes-e-government.dot>)*

*Das Gutachten des Nationalen Normenkontrollrats besagt, dass „die Digitalisierung von TOP-60-Verwaltungsprozesse[n] [...] ein durchschnittliches Einsparpotential von*

34 % der derzeitigen Verwaltungsaufwände“ in sich birgt ([http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2015\\_11\\_12\\_gutachten\\_egov\\_2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2015_11_12_gutachten_egov_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=6); S.3).

Laut dieser Studie betragen die Investitionskosten für eine konsequente Digitalisierung 14 % der laufenden jährlichen IT-Kosten der Verwaltung, was auf die Landeshauptstadt München bezogen ca. 35 Mio. Euro wären.

Wenn man angesichts von Personalkosten von 1,7 Mrd. Euro im Jahr die genannten Einsparpotentiale auf München bezogen errechnet, kommt man auf ein Potential von 200 bis 400 Mio. Euro im Jahr. Wenn auch nur ein Teil davon realisiert würde, könnte man ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit mit einem Weniger an Kosten im erheblichen Umfang verbinden. Dabei müssten jedoch vertraute und gewohnte Arbeitsweisen auf den Prüfstand gestellt und einige der üblichen Bedenken relativiert werden.“

## Einleitung

Grundsätzlich unterstützt das E- und Open-Government-Projekt den Vorschlag, „Best Practices“ aus anderen Kommunen und Erkenntnisse aus Studien bei der Planung und Umsetzung des Münchner E- und Open-Governments zu nutzen und verfolgt den Ansatz bereits seit mehreren Jahren.

Ziele des Münchner E- und Open-Government sind gemäß Stadtratsbeschluss:

- die Erfüllung der Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger, der Referate und Eigenbetriebe, anderer Behörden und der Wirtschaft an eine moderne, nutzerorientierte, effiziente Verwaltung,
- die Adressierung des gesteigerten Serviceanspruchs,
- die Effizienzsteigerung in der Verwaltung,
- die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen (wie z. B. aus dem bayerischen E-Government Gesetz),
- die Adressierung des Wandels im Verhalten und der Erwartungshaltung der Gesellschaft, bezogen auf Einsatz und Nutzen des Internets.

Online-Dienste sollen vor allem für diejenigen Prozesse und Verwaltungsleistungen bereitgestellt werden, mit denen

- eine Verbesserung der Bürgerorientierung,
- eine höhere Effizienz in der Verwaltung und bei ihren Kunden und Partnern sowie
- eine höhere Wirtschaftlichkeit bzw. Wirksamkeit erreicht werden kann.

Konkret sollen E-Government-Dienste angeboten werden, die eine (möglichst) abschließende Online-Erledigung eines Verwaltungsvorgangs ermöglichen und damit einen hohen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen generieren. Außerdem sollen die Dienste entweder zu den meistgenutzten Verwaltungsleistungen gehören (hohe Fallzahlen) oder es ermöglichen, sukzessive Termine in Behörden durch den elektronischen Weg zu ersetzen.

Weitere wichtige Kriterien für das Onlineangebot sind hohe Fallzahlen für stark genutzte Dienste und die schrittweise Entlastung im Kundenverkehr durch den Online-Zugang zu den Verwaltungsleistungen. Neben der Unterstützung durch IT, müssen die Fachbereiche Ihre Geschäftsprozesse entsprechend ausrichten, um die gewünschten Optimierungseffekte zu erzielen.

## **8. Vorstellung der Studie „Effizientes E-Government“**

Die Studie „Effizientes E-Government“ der KGSt und b.i.t. Consult umfasst mit Anhang 139 Seiten, wurde in mehr als zwei Jahren erstellt und im Jahr 2011 durch die KGSt veröffentlicht. Untersucht wurden vier Landkreise und zwei kleinere Städte, die alle außerhalb Bayerns liegen. Daher ist die Übertragbarkeit der Studienergebnisse nur eingeschränkt auf die LHM möglich.

Nach KGSt-eigenen Angaben ist diese Studie keine repräsentative Erhebung und stellt vielmehr eine Momentaufnahme des kommunalen Geschehens an wenigen Orten dar.<sup>12</sup>

Die Studie selbst erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit und vollständige Übertragbarkeit. Nach eigenen Angaben sollen die in der Studie aufgestellten Thesen:

- „intra- und interkommunal befruchten und“ die Studie
- „will eine Hilfestellung für Kommunen sein, die sich mit E-Government beschäftigen“.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass Kommunen ihre eigene Ist-Situation bewerten müssen, wenn die Potentiale des Einsatzes von E-Government ermittelt werden sollen.<sup>13</sup>

Die Studie beinhaltet zwei Ergebnisblöcke:

- Zum einen stellt Sie im Management Summary die Kernergebnisse Ihrer Untersuchungen dar
- und zum anderen werden 12 Thesen als Empfehlungen für den E-Government-Einsatz formuliert.

Diese werden nachfolgend vorgestellt und deren Anwendbarkeit auf die LHM betrachtet. Ausführliche Erläuterungen und Textpassagen zu den Ergebnissen finden sich in der Anlage 3.

### **8.1. Kernergebnisse aus dem Management Summary der Studie**

Die Studie ermittelt im Wesentlichen Potentiale, und arbeitet auf der Grundlage von Produktkatalogen und ist methodisch sehr stark produkt- und prozessorientiert. Die Berechnungen erfolgen auf einer nicht repräsentativen Basis und sind nicht allgemeingültig.

Die Kernergebnisse der Studie und die wesentlichen Aspekte sowie deren Anwendbarkeit auf die LHM werden nachfolgend dargestellt. In Anlage 3 zum Beschluss finden sich ausführliche Beschreibungen zu den Kernergebnissen und zur Anwendbarkeit der Studie.

---

<sup>12</sup> Angelehnt an die KGSt-eigene Beschreibung der Studie „Effizientes E-Government Multiklientenstudie zu Geschäfts- und Modernisierungspotentialen im kommunalen Produktportfolio durch E-Government-Services“

<sup>13</sup> Vgl. Studie KGSt Seite 3 Absatz 4

Kernergebnis der Studie	Anwendbarkeit auf die LHM
Örtliche Leistungen sind über Produktpläne und Geschäftsprozesse vergleichbar	Die LHM verfolgt aktuell einen von Bürgern und Unternehmen getriebenen E-Government-Ansatz, der auf tatsächliche Nutzung und Attraktivität des E-Government-Angebotes abstellt. Der Blick auf Produktpläne und Prozesse ist sekundär. Eine wichtige Voraussetzung für diese Vergleichbarkeit ist die Untersuchung und Identifikation der Standards und Inhalte für die Geschäftsprozesse bei der LHM, was bisher noch nicht umfänglich erfolgen konnte.
Identifikation von E-Government-relevanten Kernprodukten ist möglich	Die Identifikation von geeigneten, E-Government-relevanten und vor allem aktuell umsetzbaren Geschäftsprozessen findet durch die Facharchitekten der Referate und Eigenbetriebe statt.
Hohe Einsparpotentiale sind durch E-Government in Kernprozessen möglich <sup>14</sup>	Die angegebenen Prozentwerte stellen Potentiale dar und nicht den optimalen Erfüllungsgrad, der für gewöhnlich niedriger liegt als das Maximum bzw. ein Potential. Einsparungen haben ungünstige Auswirkungen auf die erbrachte Qualität der Geschäftsprozesse. Sowohl für den Ressourceneinsatz als auch für die Qualität der Geschäftsprozesse sind die Fachbereiche verantwortlich.
Wirkung des E-Government zur Optimierung der Geschäftsprozesse ist hoch	Das Studienergebnis ist kaum übertragbar, weil lediglich Kreise und kleine Städte im Rahmen der Studie untersucht wurden. Eine Großstadt wie die LHM verfügt zwangsläufig über erheblich komplexere Prozesse, die sich durch den organisatorischen Aufbau und arbeitsteilige Prozesse bei hohen Fallzahlen ergeben.
Das Potential für Kooperation und Standardisierung beim E-Government ist groß	Die Standardisierung ist Fachaufgabe. Erst seit Januar 2016 sind mit dem BayEGovG wichtige Voraussetzungen für die Kooperation und Zusammenarbeit unter Behörden im Bereich E-Government geschaffen.

Der Münchner Ansatz im E-Government erfolgt nicht primär über einen Prozessansatz und auf Produktbasis, sondern vom Nutzer, der Nutzerin und von der Nutzung her. Dies beruht auch auf der Überlegung, dass den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in München ein attraktives Angebot unterbreitet werden soll. Ein solches Angebot wird nur dann genutzt, wenn es diesen Personen oder Institutionen einen offenkundigen Nutzen bietet. E-Government wird derzeit nicht als Mittel zur Kostenreduzierung eingesetzt, falls dadurch das Leistungsangebot der LHM verschlechtert würde. Eine rein an Kosten orientierte Vorgehensweise bei der Digitalisie-

<sup>14</sup> Die in der Studie benannten Kosteneinsparungen von 20-40% beziehen sich nur auf 30 der Kernprozesse. Darüber spricht die Studie nicht von Einsparungen der Gesamtkosten sondern von Prozesskosten vgl. Kernergebnisse der Studie Seite 16 „Die mögliche Wirkung des E-Government zur Optimierung der Geschäftsprozesse ist groß. Potentialanalysen bei 30 Kernprozessen der Studienteilnehmer ergaben: Das „Gewinnpotenzial“ bei Prozesskosten liegt bei 20 % bis 40 %.

rung birgt zudem die Gefahr, ganze Bevölkerungsgruppen vom Zugang zur Verwaltung ausschließen und wird bisher als nicht akzeptabel angesehen.

## 8.2. Schlussfolgerungen und Empfehlungen (12 Thesen) der Studie

Die Studie generiert als weiteres Ergebnis 12 Thesen, die im Folgenden gekürzt dargestellt und deren Bezug zur LHM gekürzt erläutert wird. Weitere Ausführungen finden sich im Anhang zum Dokument.

Studienthese	Anwendbarkeit auf die LHM
These 1 Aufbau einer kommunalen Prozessbibliothek wird empfohlen	Primär ist der Einsatz von E-Government getrieben durch die Akzeptanz und Anwendung von Bürgerinnen, Bürgern und Organisationen sowie von verwaltungsinternen Kunden. Der Aufbau einer Prozessbibliothek wird im spezifischen Kontext von E-Government der LHM nicht betrieben. Ein solcher Ansatz wurde bis 2012 versucht und hat sich als zu komplex und damit zu langwierig herausgestellt. Im Kontext aktueller Änderungen im Leistungsangebot des Landes für Kommunen und aktueller Diskussionen auf Ebene der Verbände (KGSt und Dt. Städtetag) bringt sich die LHM in den Interkommunalen und übergreifenden Informationsaustausch verstärkt ein.
These 2 Fokussierung auf prägende Geschäftsprozesse ist wichtig	Im Grundsatz macht eine Fokussierung auf große Geschäftsprozesse durchaus Sinn. Es müssen jedoch zwei Voraussetzungen dafür erfüllt werden: Die Unterstützung durch die Fachbereiche/Referate und die Akzeptanz und Anwendung der bereitgestellten Dienste durch die „Kunden“. Der Auftrag richtet sich damit an die Fachbereiche. Hierzu wurde vom eoGov-Projekt das Instrument des eoGov-Planungszyklus aufgebaut. Dieser Prozess wird jährlich stadtweit durchgeführt und ist etabliert. Ergebnis ist ein Vorschlag für zielführende Vorhaben zur Weiterentwicklung des E-Government-Angebotes. Wichtiger Nebeneffekt ist die Information und Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion der Rahmenbedingungen und möglicher Synergien bei der LHM.
These 3 Zusammenarbeit der Kommunen birgt hohes Optimierungspotential	Die Zusammenarbeit von Behörden, aber auch Kommunen untereinander wird aktuell im BayE-GovG (30.12.2015) in Artikel 8 „IT-Sicherheit und Datenschutz“ und Artikel 9 „Behördenzusammenarbeit“ vorgegeben. Ein Beschluss zum BayEGovG wird Mitte 2016 dem Stadtrat vorgelegt.
These 4 Weiterentwicklung und Verwen-	Die Weiterentwicklung und Verwendung von Standards sowie der Ausbau von Basiskomponenten

Studienthese	Anwendbarkeit auf die LHM
dung von Standards hat höchste Priorität	sind bereits heute E-Government-Aktivitäten bei der LHM, die nachhaltig weiter betrieben werden müssen.
These 5 Erheblicher Ausbau von Basis- komponenten wird dringend empfohlen	
These 6 Förderung der Wiederverwend- barkeit bereits vorhandener Lö- sungen	Wo die Homogenität erkennbar ist, werden bereits heute wiederverwendbare Lösungen eingesetzt. Jedes konkrete Umsetzungsprojekt eines Standards (z. B. E-Payment) in einem Referat fordert dennoch den Einsatz von Ressourcen und Finanzmitteln.
These 7 Aufbau eines integrierten Multi- kanalmanagements ist wichtig	Multikanalmanagement ist eine Herausforderung, die die LHM nachhaltig aufgrund des BayEGovG beschäftigen wird (sowohl in der IT als auch in den Fachbereichen). Multikanalmanagement wird in der Beschlussvorlage Mitte 2016 behandelt.
These 8 Vermeidung von Medienbrüchen hat höchste Bedeutung	Die Vermeidung von Medienbrüchen ist kein ausschließliches E-Government-Thema. Aktuell ist bereits vereinzelt E-Payment für Onlinedienste im Einsatz. In der SKA arbeitet ein E-Payment-Projekt zusammen mit dem eoGov-Projekt am Ausbau des E-Payments. Das Projekt E-Invoicing ist in Vorbereitung und die Onlinedienste werden schrittweise medienbruchfrei ausgebaut. Ein weiteres Beispiel ist der „Online Bauantrag“ mit dem Ziel der weitestgehend vollständigen elektronischen Bearbeitung des Vorgangs, was aber auch die Digitalisierung im Fachverfahren erfordert.
These 9 E-Government-Basisinfrastruktur ist Voraussetzung für Effizienz	Die Bereitstellung von Basiskomponenten wurde bereits vor drei Jahren mit dem eoGov-Projekt Stufe 1 begonnen, ausgebaut und muss konsequent weiter geführt werden. Kontinuierlich wird das Angebot verschiedener Fachbereiche auf Basis dieser bestehenden Infrastruktur erfolgreich ausgebaut wie z.B. dem Online-Service-Portal, oder der Veranstaltungsplattform (siehe auch Teil B in diesem Beschluss). Aktuell wird ergänzend der breitere Einsatz von Bürgerterminals mit Ausweislesegeräten vorbereitet, an denen die Bürger und Bürgerinnen das gesamte Onlineangebot der LHM nutzen können.
These 10 Marktübliche Fachanwendungen sind unzureichend für elektroni- sche Vorgangsbearbeitung vor- bereitet	Bei der Ausschreibung von Fachverfahren ist auf die E-Governmentfähigkeit zu achten. Derzeit steht aber oft die fachliche Funktionalität im Vordergrund und der Markt der Fachverfahren für Verwaltungen ist in aller Regel nicht besonders groß.
These 11 Modernisierung mit E-Govern- ment kann 20-40% Prozesskos- ten sparen <sup>15</sup>	Das eoGov-Projekt geht davon aus, dass auf längere Sicht Einsparungen durch Modernisierung erreicht werden können. Die Einsparungen in der genannten Höhe erscheinen außerordentlich optimis-

Studienthese	Anwendbarkeit auf die LHM
	tisch, da die Studie nur Potentiale benennt. Geschäftsprozesse liegen in der Zuständigkeit der Fachbereiche. Diese können die Potentiale auch für andere Parameter wie beispielsweise Bürgerservice, Reduzierung von Bearbeitungszeiten, schnelle Auskunftsfähigkeit nutzen. Insgesamt liegt hier eine langjährige Betrachtung zugrunde, die auf einer dramatischen und umfassenden Veränderung in der Verwaltungstätigkeit basiert. Die aktuellen Aktivitäten der LHM im E-Government sind keinesfalls ausreichend, um es den Fachbereichen zu ermöglichen, derartige Potentiale zu heben.
These 12 Optimierungspotentiale liegen in den verwaltungsinternen Abläufen	Ein reines Reengineering <sup>16</sup> der Geschäftsprozesse ist derzeit nicht der vordergründige Ansatz eines E-Government bei der LHM. Vielmehr gilt, wenn ein Geschäftsprozess reengineert wird, muss dieser auch E-Governmentfähig gemacht werden. Nur durch die Herstellung der E-Governmentfähigkeit des Geschäftsprozesses können die E-Governmentpotentiale darin durch die Fachbereiche geborgen werden.

### 8.3. Kritikpunkte der Studie

Im Folgenden wird die dargestellte Studie hinsichtlich der Anwendbarkeit ihrer Ergebnisse weiter analysiert. In 8.2 wurden bereits die für die LHM anwendbaren Punkte erläutert. Im Folgenden werden Kritikpunkte an der Studie dargestellt.

Kritikpunkt	Wirkung
Die Studie ist nicht repräsentativ	Berechnungen aus der Studie sind nicht übertragbar
Übertragbarkeit der Studienergebnisse auf Großkommunen	Aussagen und Ergebnisse sind nicht auf Großkommunen anwendbar, da in der Studie keine Großkommune untersucht wurde.
Die Studie wurde im 2. Hj. 2011 veröffentlicht und basiert auf Erkenntnissen, die davor über mehrere Jahre gewonnen wurden.	Die Studie ist nicht mehr aktuell. Einige Erwartungen und Prognosen aus den letzten Jahren wie z. B. zum neuen Personalausweis, zur qualifizierten digitalen Signatur, zu Diensten wie De-Mail, oder zur Nutzung von E-Government-Diensten sind nicht wie erwartet eingetreten.
Die Studie spricht „nur“ von Einspar-Potentialen	Potentiale sind nicht zwangsläufig das, was realisiert werden kann (und sollte).

<sup>15</sup> Die in der Studie benannten Kosteneinsparungen von 20-40% beziehen sich nur auf 30 der Kernprozesse. Darüber spricht die Studie nicht von Einsparungen der Gesamtkosten sondern von Prozesskosten vgl. Kernergebnisse der Studie Seite 16

<sup>16</sup> Wikipedia: „Geschäftsprozessneugestaltung“:..... „Fundamentales Umdenken und radikales Neugestalten von Geschäftsprozessen, um dramatische Verbesserungen bei bedeutenden Kennzahlen, wie Kosten, Qualität, Service und Durchlaufzeit zu erreichen“.



Kritikpunkt	Wirkung
Die Studie betrachtet keine Risiken	Der Erfolg der Studienempfehlungen ist nicht gewährleistet. Die Umsetzung von Empfehlungen kann mit erheblichen Risiken behaftet sein.
Keine Aussage zu Akzeptanz von E-Government	Bei mangelnder Akzeptanz bleiben die erwarteten positiven Effekte aus

### 9. Vorstellung Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat, 2015)“

Das vorliegende Gutachten „E-Government in Deutschland: „Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat, 2015)“ wurde vom Nationalen Normenkontrollrat beauftragt und im November 2015 vom Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) herausgegeben. Es umfasst 27 Seiten und basiert auf den Ergebnissen eines umfassenden Gutachtens für den Normenkontrollrat „Bürokratieabbau durch Digitalisierung: Kosten und Nutzen von E-Government für Bürger und Verwaltung“<sup>17</sup>.

Nach eigenen Angaben geht das Gutachten, fokussiert auf den Adressatenkreis der Bürgerinnen und Bürgern, folgenden Fragen nach:<sup>18</sup>

- Wie sieht die E-Government-Praxis derzeit in Deutschland aus?
- Was sind die wesentlichen Herausforderungen der Nutzer und der Anbieter von E-Government-Lösungen?
- Wie müssten E-Government-Angebote ausgestaltet sein, um die vermuteten Entlastungspotentiale besser auszuschöpfen?
- Wie lassen sich die Kosten für Entwicklung und Betrieb von E-Government senken?

Das Gutachten betrachtet und diskutiert diese Fragestellungen zunächst unter Heranziehung einschlägiger Fachliteratur sowie den Ergebnissen und Zahlenwerken weiterer Studien.

Im Gutachten selbst ist eine Wirkungskette dargestellt<sup>19</sup>, die ausgehend von der schwachen Ausprägung des E-Governments hin zu Handlungsempfehlungen des Gutachtens führt. Beides soll nachfolgend dargestellt werden:

- Die schwache Ausprägung des E-Governments wird in Kapitel 8.5. „Untersuchungsergebnis des Gutachtens“ dargestellt.
- Die Handlungsempfehlungen werden im Kapitel 8.6 „Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation im E-Government“ wiedergegeben. An dieser Stelle beleuchten wir zugleich die Anwendbarkeit der Handlungsempfehlungen für die LHM.

<sup>17</sup> Ebenfalls beauftragt vom Nationalen Normenkontrollrat und erstellt vom vom Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) 16.11.2015

<sup>18</sup> Formulierungen angelehnt an das Vorwort des Gutachtens.

<sup>19</sup> Seite 14 und 15 des Gutachtens „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“

### 9.1. Untersuchungsergebnis des Gutachtens

Die Eigenleistung des vorliegenden Gutachtens ist eine Untersuchung von 16 Landesportalen und 68 kommunalen Plattformen<sup>20</sup> hinsichtlich Zugang, Benutzbarkeit, Nutzen, Verbindlichkeit, Basiskomponenten und Zusammenarbeit. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Kriterium	Prozent	Erläuterung
Zugang	71%	...der Verfahren sind bei Google auffindbar (z. B. Baugenehmigung, Bayern)
Benutzbarkeit	52%	...der Verfahren haben übersichtliche Informationen
Nutzen	9%	...der Kommunen bieten mehr als 20 Online-Verfahren
Verbindlichkeit	4%	...der Verfahren beinhalten die Abfrage von Statusinformationen <sup>21</sup>
Basiskomponenten	1%	...der Kommunen bieten De-Mail
Zusammenarbeit	52%	...der Kommunen bieten Online-Dienste des Landes an

Das Untersuchungsergebnis wird innerhalb der Studie selbst als „ernüchternd“ interpretiert und folgt der These „E-Government in Deutschland gibt es nicht“.<sup>22</sup>

### 9.2. Handlungsempfehlungen der Studie zur Verbesserung der Situation im E-Government

Das Gutachten fordert: „Wenn E-Government in Deutschland erfolgreich sein soll, muss der Teufelskreis von unattraktivem Angebot und geringer Nutzung durchbrochen werden. Nur wenn die Verwaltung ein Angebot schafft, das von den Bürgerinnen und Bürgern in der Breite wirklich angenommen wird, entfaltet E-Government seine entlastende Wirkung. Dazu müssen alle identifizierten Erfolgsfaktoren (Zugang, Benutzbarkeit, Nutzen, Verbindlichkeit, Zusammenarbeit, gemeinsame Komponenten und Recht) gleichermaßen adressiert und ein breites Angebotsspektrum geschaffen werden. Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen zeigen auf, wie die ambitionierte Zielsetzung einer substanziellen Verbesserung des E-Government-Angebotes in Deutschland erreicht werden kann“.<sup>23</sup>

Nachfolgende Tabelle stellt stark verkürzt die Handlungsempfehlungen des Gutachtens dar sowie – in Anführungszeichen gesetzt – die jeweiligen Originaltitel der Handlungsempfehlungen. Darüber hinaus sind in der Spalte „Anwendbarkeit auf die LHM“ die Hauptaspekte der Anwendbarkeit für München erfasst. Detailliertere Ausführungen dazu finden sich in Anlage 3.

<sup>20</sup> Seite 9 des Gutachtens (grauer Kasten)

<sup>21</sup> Mit Statusinformationen sind z. B. Bearbeitungsstände oder die Benennung eines Ansprechpartners gemeint.

<sup>22</sup> Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“ Seite 5 erster Absatz

<sup>23</sup> Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“ Seite 24 erster Absatz

Handlungsempfehlung des Gutachtens	Anwendbarkeit auf die LHM
<p>Aktivitäten mit Zielrichtung Politik zur Verbesserung des E-Government in Deutschland „Es braucht politischen Willen“<sup>24</sup></p>	<p>Politischer Wille vor allem auf Bundes und Landesebene ist aus der Verwaltung einer Kommune heraus nicht primär beeinflussbar. Sekundär jedoch kann durch Beteiligung an Gremien, Kongressen etc. gerade durch eine Großkommune wie München operative Erfahrung eingebracht werden und auf notwendige Maßnahmen hingewiesen werden.</p>
<p>Anreize schaffen für den Einsatz von E-Government „Initiale Investitionen als Treiber und Impulsgeber“</p>	<p>Initiale Investitionen des Bundes und der Länder für die Kommunen werden bezüglich Ihrer Nutzung und Eignung für die LHM bewertet. Ein Beispiel dafür sind die Dienste des sog. „Bayernpaktes“ der Bayerischen Landesregierung, welcher als Basisplattform Dienste der AKDB bereitstellt. Im Rahmen des e-Government-Projektes findet eine Beobachtung des Angebotes, Gespräche mit Vertretern von Bund und Land sowie eine permanente Bewertung der Möglichkeiten statt. Aufgrund der Besonderheiten und Größe der LHM ist ein eigener schrittweiser Ausbau des E-Government mit vorhandenen Mittel und Ressourcen wichtig.</p>
<p>Kommunen werden im Gutachten als die Schnittstelle zum Bürger erkannt „Die Kommunen sind der Schlüssel!“</p>	<p>Es trifft zu, dass in erster Linie die Kommunen den Bürgerkontakt haben. Eine umfassende und ausreichende Finanzierung von E-Government für die Kommunen (und hier Großkommunen) ist durch Bundesbehörden nicht festzustellen. Das Münchner E-/Open-Government-Team nutzt derzeit viele Gelegenheiten (z. B. auf Kongressen wie dem Bay. Anwenderforum, Bay. Städtetag), um unsere Sichtweise und Ideen zu transportieren und entsprechende Handlungen von Bund und Land zu fordern. Politische Initiativen könnten eine hilfreiche Unterstützung darstellen.</p>
<p>Der Bund fungiert als Initiator „Der Bund ist dran!“</p>	<p>Der LHM bleibt einzig die Beobachtung des Geschehens, um im Positivfall entsprechende Vorteile und Förderungen bzw. Potentiale zu nutzen. Aktuell sind nur begrenzt wirksame Bemühungen des Bundes wahrnehmbar, wobei die Bemühungen insgesamt deutlich zunehmen. Allerdings wirken diese Maßnahmen nur auf einen geringen Anteil und nutzen damit nicht das ganze Potential des E-Governments.</p>
<p>Bundesländer müssen Länderspezifisches finanzieren ohne den Rahmen des Bundes zu verletzen „Die Länder aber auch!“</p>	<p>Der LHM bleibt einzig die Beobachtung des Geschehens um im Positivfall entsprechende Vorteile und Förderungen bzw. Potentiale, wie das Bayernportal zu nutzen. Zu den Auswirkungen des Bayerischen E-Government-Gesetzes wird dem Stadtrat im Sommer 2016 berichtet.</p>

Handlungsempfehlung des Gutachtens	Anwendbarkeit auf die LHM
Rahmenbedingungen für E-Government werden benannt „Angemessene Rahmenbedingungen gewährleisten“	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine Zusammenarbeit unter großen (bayerischen) Kommunen findet statt, beschränkt sich aber derzeit überwiegend auf den Austausch von Erfahrungen. München treibt einige Entwicklungen als Vorreiter (z. B. Bereitstellung von Portlets für das Online-Service-Portal), hat aber vielfach eigene Rahmenbedingungen.</li> <li>- Technik und IT-Projektkompetenz sind in München aufgebaut, auf Grund der begrenzten Projektressourcen ist die Nutzung der Potentiale des E-Governments jedoch nur eingeschränkt möglich</li> <li>- An einer nachhaltigen Verankerung des E-Governments in der Verwaltung wird derzeit noch gearbeitet. Das Bundes- und das Bayerische E-Government-Gesetz haben wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen; allerdings erst vor kurzer Zeit.</li> </ul>
E-Government-Angebote aus Nutzersicht heraus aufbauen „Attraktive Angebote ermöglichen“	Aktuell führt die LHM eine Online-Befragung bei den Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich Ihrer Erwartungen im E-Government durch. Auch steht das eo-Gov-Projekt im ständigen Austausch mit den Fachbereichen und arbeitet somit an der stadtweiten Verankerung des E-Governments. Der Erfolg des bestehenden online-Angebotes wird durch steigende Nutzungszahlen bestätigt.
E-Government ist in allen Ebenen der Verwaltung verankert „Vorrang für E-Government“	E-Government muss auf allen Ebenen der Verwaltung mitgedacht werden. E-Government ist dabei weder eine singuläre Aufgabe der IT noch der Fachlichkeit. Allerdings ist derzeit immer noch überwiegend die IT Treiber des Themas. Soweit E-Government-Angebote deutliche Eingriffe in bestehende Prozesse und Verfahren erfordern, gibt es vielfach noch Zurückhaltung bei den Fachbereichen, obwohl zuerst die Fachbereiche gefragt wären.
Die elektronische Abwicklung muss zur Regel werden. „Digital-by-Default“	Die im Gutachten genannten Forderungen nach „Digital by Default“, „Once only“ und der Umsetzung von Verwaltungsleistungen in die digitale Welt können erst seit kurzem umfassend angegangen werden, da hierfür ein BayEGovG und entsprechende Anpassungen vor allem im Bay. Verwaltungsverfahrensgesetz erforderlich waren. Stark vereinfacht gesagt kann vieles, was bisher zwingend in Papierform erbracht werden musste nun in vielen Fällen elektronisch beantragt, bestellt und übertragen werden. Diese gesetzlichen Voraussetzungen wurden zum 30.12.2015 geschaffen. Seit Januar 2016 ist die LHM in Klärung bzgl. der Konsequenzen dieser Gesetze. Die Fachbereiche der LHM sind nun gefordert das Potential und die Möglichkeiten, die sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben, zu nutzen. Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist, dass bei der Gestaltung der Ge-
Nachweise innerhalb der Verwaltung müssen automatisch eingeholt werden. „Once only“	
Verwaltungsprozesse müssen die Vorzüge des Digitalen nutzen.	

Handlungsempfehlung des Gutachtens	Anwendbarkeit auf die LHM
	schäftsprozesse E-Government mitgedacht wird.

## 10. Fazit zu den Studien

Beide Studien enthalten wertvolle Hinweise für das Vorgehen der LHM bei der Realisierung Ihres E-Government-Angebotes. In der Studie von KGSt und b.i.t. Consult „Effizientes E-Government“ ist der Hinweis „sich auf große Prozesse“ zu konzentrieren richtungsweisend.

Zum Erscheinungsdatum der Studie (2011) war diese Handlungsempfehlung jedoch nur mit Einschränkungen umsetzbar. Gesetzliche Barrieren wie Schriftformerfordernis, fehlende elektronische Authentifizierungsverfahren etc. machten eine durchgehende Umsetzung der „großen“ Prozesse mit hohen Fallzahlen ins E-Government bisher nicht möglich.

Mit Inkraftsetzung des Bay. E-Government-Gesetzes und der begleitenden Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zum 30.12.2015 kann nun erstmals ab 2016 die Konzentration im E-Government auf die großen Prozesse (Verwaltungsverfahren) begonnen werden.

Dabei muss dringend auf die Empfehlungen des Gutachtens „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg (Nationaler Normenkontrollrat, 2015)“ geachtet werden. Die maßgebliche Handlungsempfehlung aus Sicht der LHM ist es, für die „Kunden“ der Stadt attraktive Angebote im E-Government bereitzustellen. E-Government-Angebote müssen aus Nutzersicht, also für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, heraus aufgebaut werden.

Die Realisierung von Kosteneinsparungen, wie sie in der Studie genannt werden, können durch IT ermöglicht werden. Das große Potential der Einsparungen liegt aber in den für Sachaufgaben verantwortlichen Fachbereichen. Kostenreduzierungen durch E-Government entstehen zu einem großen Anteil in der geeigneten Gestaltung der fachlichen Geschäftsprozesse.

Nur durch ein E-Government-Angebot, das auch angenommen wird, lassen sich in den Prozessen hohe Fallzahlen erzeugen, die dann wiederum Einsparpotentiale durch E-Government in der Kommune realisieren. Begleitet werden müssen die E-Government-Angebote durch Bewerbung und unterstützende Maßnahmen.

Dazu müssen bereits vorhandene sowie neue E-Government-Angebote den Nutzerinnen und Nutzern „verkauft“ werden (im Sinne von bekannt machen und zur Anwendung bringen).

„Viele gute E-Government-Angebote sind den Bürgern schlicht nicht bekannt. Es reicht nicht, diese nur auf der eigenen Verwaltungsseite online zu stellen und auf Nutzer zu

hoffen. Zentrale und leicht auffindbare Zugangspunkte sowie mehr Ressourcen im Bereich des Marketing können hier ein Weg sein“<sup>25</sup>.

## 11. IT-Kommission

Behandlung in der IT-Kommission am: 09.03.2016

Empfehlung der IT-Kommission: ja ☐ nein ☐

Ergänzungen und Hinweise aus der IT-Kommission:

## Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung III, IT-Strategie und IT-Steuerung / IT-Controlling (STRAC), Frau Stadträtin Bettina Messinger, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt den in Teil A, Kapitel 3 genannten Open-Data-Zielen zu:
  - Ausbau des Angebots an Open Data,
  - Optimieren der Open Data Plattform,
  - Förderung der Open Data Community und die
  - Nutzung von Synergien mit Smart City.
3. Der Auftrag in Ziffer 3, Punkt 3 sowie Ziffer 17 des Beschlusses der Vollversammlung vom 20.11.2014 (SV-Nr. 14-20 / V 01595) sind damit geschäftsordnungsgemäß erledigt (Anlage 4).
4. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 01630 „Die fetten Jahre sind vorbei IV - Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich durch Digitalisierung und E-Government realisieren“ (Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL) vom 11.12.2015 geschäftsordnungsgemäß aufgegriffen (Anlage 2).
5. Dieser Beschluss unterliegt aufgrund der eigenständigen Berichtspflicht im Rahmen des E-Government und Open-Government Projektes (SV-Nr. 14-20 / V 01595) nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

---

25 Cornelia Rogall-Grothe Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern im eGovernment MONITOR 2015, Seite 7 von Ipima und Initiative D21

### III. **Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

### IV. Abdruck von I. mit III. über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt

z. K.

### V. Wv. - HA III-GB2

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Direktorium – GL  
An das Direktorium - it@M  
An das Baureferat - RG  
An das Baureferat - Münchner Stadtentwässerung  
An die Stadtkämmerei – GL  
An das Kommunalreferat- GL  
An das Kommunalreferat - Abfallwirtschaftsbetrieb München  
An das Kreisverwaltungsreferat- GL  
An das Kulturreferat- GL  
An das Personal- und Organisationsreferat- GL  
An das Personal- und Organisationsreferat – P-2.3  
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft- GL  
An das Referat für Bildung und Sport- GL  
An das Referat für Gesundheit und Umwelt- S  
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung- SG  
An das Sozialreferat- S-Z  
An den Gesamtpersonalrat

z. K.

Am